



Haus der Wannsee-Konferenz Gedenk- und Bildungsstätte

„... sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden ... zum Arbeitseinsatz kommen“ - Die Wannsee-Konferenz im Kontext von SS-Arbeitskräfteplanung und Völkermord 1941/42

(Vortrag am 20. Januar 2003, im Haus der Wannsee-Konferenz)

Von Jan Erik Schulte

I. Der Focus

Die hochrangig besetzte Versammlung des NS-Regimes, die heute vor genau 61 Jahren in diesem Haus stattfand, ist zweifelsohne eine der bekanntesten und wichtigsten Konferenzen auf dem Weg zum Genozid an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg. Zahlreiche Bücher und Aufsätze haben sich mit der Sitzung, der Vorgeschichte und den einzelnen Teilnehmern befasst. Doch obwohl wir seit fast sechzig Jahren versuchen, den Holocaust juristisch aufzuarbeiten und historisch zu erforschen, sind der historische Ort der sogenannten „Wannsee-Konferenz“ und die Bedeutung der Tagesordnungspunkte bis heute nicht eindeutig zu bestimmen.

Ich möchte mich der „Wannsee-Konferenz“ und ihrer Stellung im Prozess der Entscheidungsfindung, die zum Völkermord führte, nicht auf den alten, ausgetretenen Wegen nähern, nicht primär die Motivation der Teilnehmer eruieren, Adolf Eichmanns Aussagen gewichten, den Umfang des Deportationsprogramms ausloten oder die Funktion der „Mischlingsfrage“ diskutieren. Vielmehr werde ich einen gewichtigen Tagesordnungspunkt der Konferenz in den Mittelpunkt meiner Betrachtung rücken, der zwar in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Aufmerksamkeit erfuhr, dessen gesamte Tragweite aber bislang nicht ermesselt worden ist.

Den Arbeitseinsatz der jüdischen Deportationsopfer, den der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, während der Tagung forderte, begriff die ältere Forschung zunächst als eine Chiffre für Mord. Jüngere Darstellungen haben erkannt, dass die SS tatsächlich Juden im Kolonnen weisen Einsatz beschäftigte, allerdings unter menschenverachtenden Umständen. In meinem Vortrag soll nun die geplante Zwangsarbeit von Juden in den Kontext des im „Generalplan Ost“ kulminierenden megalomanen Ostsiedlungsprojektes Heinrich Himmlers und dessen Vorstellungen von einem riesigen, hunderttausende Menschen umfassenden Zwangsarbeiterheer gestellt werden. Nur dieses Projekt kann Heydrichs Ausführungen zum Arbeitseinsatz und die von Himmler unmittelbar nach der Wannsee-Konferenz befohlene Zusammenziehung von 150.000 jüdischen „Arbeitssklaven“ erklären. Und nur auf diese Weise kann es gelingen, den Weg vom Arbeitseinsatz zum Genozid aufzuzeigen, der unauflösbar mit der Entwicklung des sogenannten „Kriegsgefangenenlagers“ Auschwitz-Birkenau verknüpft ist.

Der Mann, der mit dem Einsatz der Arbeitskräfte beauftragt wurde, nahm an der Wannsee-Konferenz nicht teil, spielte aber sowohl bei der Vorbereitung der Ostsiedlung als auch im Zuge der „Endlösung der Judenfrage“ eine entscheidende Rolle. Oswald Pohl und sein 1942 in SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) umbenanntes Behördenkonglomerat gehörten zu den Stützen des SS-Herrschafts- und Ausbeutungssystems. Pohl leitete seit Anfang 1934 die Verwaltung der SS - eine zunächst scheinbar marginale Tätigkeit. Doch gelang es ihm durch eine erfolgreiche Mitarbeit beim Aufbau der bewaffneten SS schon frühzeitig die Gunst Himmlers zu

erlangen, und eine geschickte Machtpolitik verschaffte dem Verwaltungschef bereits in den dreißiger Jahren entscheidenden Einfluss auf das Verwaltungs- und Finanzgebaren der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) sowie auf das Bauwesen der Konzentrationslager (KL). Der Reichsführer-SS war von Pohls Durchsetzungsvermögen und seinem Sachverstand so überzeugt, dass er ihn 1938 mit dem Aufbau großer Wirtschaftsunternehmen betraute. Da diese Firmen - die bekannteste ist wohl die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH mit ihrem Großziegelwerk in Oranienburg - auf die Arbeitskraft von KL-Häftlingen angewiesen waren, erhielt Pohl nun auch Zugriff auf die Insassen der Konzentrationslager. Die Zusammenarbeit von KL-Kommandanturen, die ihren Machtbereich vor fremder Einmischung abschirmen wollten, und SS-Wirtschaftsmanagern war und blieb von Konflikten geprägt. Auf der bürokratisch-organisatorischen Ebene konnte sich der Chef der SS-Verwaltung jedoch abermals durchsetzen: Im Dezember 1939 übertrug ihm Himmler die Leitung des Arbeitseinsatzes aller KL-Häftlinge (also nicht nur derjenigen, die in den SS-Werken Fronarbeit leisten mussten). Seit dieser Zeit hatte Pohl auf den inneren Dienstbetrieb der Lager und die Entwicklung des KL-Systems neben Himmler und dem Chef der Inspektion der Konzentrationslager, Richard Glücks, den größten Einfluss. Am 16. März 1942 wurde das KL-System schließlich offiziell Pohl unterstellt und in sein SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt eingegliedert. Neben dem KL-System und dem immer neue Werke übernehmenden SS-Konzern gebot der Chef des WVHA noch über die gesamte Verwaltung der Waffen-SS und eine seit 1941 beständig expandierende Bauorganisation. Diese Baubehörde wurde seit Mitte 1941 in die beginnende Realisierung der Ostsiedlungsphantasien Himmlers einbezogen und ebnete somit Pohls Weg als einer der entscheidenden Vorbereiter des Generalplans Ost - jedenfalls in der Theorie der SS-Planungsbürokraten.

II.

Wege zur Realisierung der Siedlungsutopien Himmlers Sommer 1941

Die vom Reichsführer-SS Himmler geforderte Siedlungspolitik stand seit Beginn des Zweiten Weltkrieges in engem Zusammenhang mit der von der SS durchgeführten rassistisch motivierten Repressions- und Deportationspolitik. Die Besatzungsherrschaft der SS ruhte auf den beiden Pfeilern „rassische Auslese“ (einschließlich Ermordung und Vertreibung) und „germanische“ Besiedlung. Dabei war für die SS und die Planungsexperten vor allem im Büro des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums klar, dass zunächst große Teile der einheimischen Bevölkerung, insbesondere die Juden, die zur Besiedlung vorgesehenen Landstriche verlassen haben mussten. Vertreibung und Mord gingen also ganz offensichtlich der Ansiedlung voraus. Deportationen und Besatzungspolitik beflügelten die Phantasie der Ostsiedlungsplaner - wie die vorgelegten Strategiepapiere deutlich machten. Inwieweit die Siedlungspläne und die ersten Realisierungsversuche die tatsächlich implementierten Deportations- und Mordaktionen vorbereiteten, ist dagegen weit weniger deutlich zu erkennen.

Bereits während der Eroberung und verstärkt nach der Besetzung Polens begannen Einheiten und Stäbe der SS damit, bestimmte Bevölkerungsgruppen, einschließlich der jüdischen Einwohner, zu ermorden oder zumindest aus den für eine „Eindeutschung“ vorgesehenen Gebieten (vor allem aus den beiden sogenannten Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen) zu vertreiben. Schon in dem von Himmler geforderten ersten Siedlungsplan für die eingegliederten Gebiete ging der einflussreichste Siedlungsexperte der SS, Professor Konrad Meyer-Hetling, zumindest von einer Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus. Die von der SS in Polen durchgeführte Besatzungspolitik bewegte sich - neben der polizeilichen Sicherung des kontrollierten Gebietes - in dem Dreieck rassistisch motivierte Vertreibung, großräumige Siedlungspläne und Ansiedlungsversuche von baltischen und südosteuropäischen ethnischen Deutschen. Dem Enthusiasmus der Siedlungs- und Vertreibungsexperten tat es keinen Abbruch, dass ihre Maßnahmen unkoordiniert und dilettantisch waren und wenig Resultate zeigten. Die Marschrichtung für die zukünftig von der SS verfolgte Besatzungspolitik war bereits in diesem frühen Stadium des Krieges vorgegeben, der weiteren Radikalisierung Tor und Tür geöffnet.

Keine zwei Jahre später wurde diese Tür weit aufgestoßen: Im Vorfeld des Angriffs auf die Sowjetunion wurden durch die später sogenannten „verbrecherischen Befehle“ und die Aufstellung von weitgehend unabhängig von der Wehrmacht operierenden Einheiten der SS ein bewusst initiiertes, politisch-rassistisch motiviertes Mordprogramm (Stichwort: „jüdisch-bolschewistischer“ Feind) vorbereitet, das unmittelbar nach Feldzugbeginn am 22. Juni 1941 umgesetzt wurde.

In den vergangenen Jahren haben präzise herausgearbeitete Detail- und Überblicksstudien zu den Einsatzgruppen der SS, zu den Mordaktionen in Weißrussland und zur „Politik der Vernichtung“ den Umfang der Vernichtungsmaßnahmen und der von deutscher Seite forcierten oder zugelassenen Pogrome eindrucksvoll dargelegt. Zweifelsohne fielen den als Sicherheitsmaßnahmen klassifizierten Erschießungen und den Ausschreitungen hauptsächlich Juden zum Opfer. Von einem alle Juden, insbesondere auch Frauen und Kinder, einbeziehenden Mordbefehl kann aber für die ersten vier Wochen nach Feldzugsbeginn noch nicht gesprochen werden.

Während die Wehrmacht immer weiter in die Sowjetunion eindrang und die Einsatzgruppen und die Polizeiverbände der SS ihre Massentötungen aufnahmen, gingen auch die Planungen für die Besiedlung der Besatzungsgebiete weiter. Nur zwei Tage nach dem Angriff auf die Sowjetunion, exakt zwischen 12.30 und 13.15 Uhr, befahl Himmler seinem Siedlungsexperten Meyer-Hetling, einen Entwurf für die „Neue Siedlungsplanung im Osten“ auszuarbeiten.

Meyer arbeitete schnell und legte seinen Vorschlag bereits drei Wochen später, am 15. Juli 1941, vor. Zwar ist der Plan nicht überliefert, doch hat der Historiker Karl-Heinz Roth in einer überzeugenden Rekonstruktion festgestellt, dass sich Meyer vor allem auf die Besiedlung der bereits besetzten Territorien konzentrierte. Der Entwurf ging also vermutlich nicht über das bereits 1939 okkupierte Polen hinaus und bezog die soeben von der Wehrmacht besetzten Gebiete der Sowjetunion nicht mit ein.

Der Plan blieb nicht mehr als eine Zwischenstufe auf dem Weg zu immer gigantischer werdenden Siedlungsutopien. Eine Besprechung in Hitlers Führungshauptquartier am 16. Juli 1941 ließ den Entwurf nur einen Tag nach seiner Fertigstellung zur Makulatur werden. Während der Konferenz in der „Wolfsschanze“ in Ostpreußen gab Hitler neue Richtlinien für die Besatzungspolitik in den eroberten Gebieten: „Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, dass man jeden, der nur schief schaue, totschieße.“ Zudem präzisierte er zum ersten Mal seine Vorstellungen von den in das Deutsche Reich einzugliedernden und einzudeutschenden Landstrichen. Sein Sekretär Martin Bormann fasste Hitlers Ausführungen folgendermaßen zusammen:

„Die Krim muss von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden. Ebenso wird das altösterreichische Galizien Reichsgebiet. [...] Der Führer betont, das gesamte Baltenland müsse Reichsgebiet werden. Ebenso müsse die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland müsse möglichst groß sein. Der Führer betont weiter, auch die Wolga-Kolonie müsse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; es müsse deutsche Konzession werden (Militärkolonie). [...] Mit aller Vorsicht müsse die Angliederung Finnlands als Bundesstaat vorbereitet werden.“

Die Ausführungen Hitlers führten zu einer weiteren und entscheidenden Eskalierung der bereits begonnenen Mordaktionen und - was häufig übersehen wird - sowohl zu einer räumlichen Ausdehnung der Siedlungsplanungen als auch zu ersten auf die besetzte Sowjetunion bezogenen Umsetzungsversuchen.

Himmler, der an der Konferenz nicht teilnahm und statt mit einer erhofften umfangreichen Beauftragung zur „Befriedung und Festigung der politischen Verhältnisse“ im neuen Besatzungsgebiet in einem Erlass Hitlers am 17. Juli 1941 nur mit der „polizeilichen Sicherung der neu besetzten Ostgebiete“ betraut worden war, nutzte als erster die Gunst der Stunde und begann parallel zu den immer umfangreicheren Vernichtungsmaßnahmen mit der Umsetzung seiner Siedlungsutopien.

Noch am Tag der Ausfertigung des Erlasses und somit nur einen Tag nach der Konferenz in der „Wolfsschanze“ ernannte Himmler den SS- und Polizeiführer von Lublin, SS-Brigadeführer Odilo Globocnik, zum „Beauftragten für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum“. Der für seine Brutalität und weitreichenden Germanisierungspläne bekannte SS-General sollte ein Netz von „Wehrburgen, Wehrplätze[n] und Wehrposten“ schaffen und somit die erste Herrschafts- und Siedlungsphase in der unterworfenen Sowjetunion einleiten.

Dass die Auftragsvergabe an Globocnik nicht an der Peripherie der SS-Planungen, sondern in deren Mitte angesiedelt war, machte Himmler nur drei Tage später deutlich. Als die Einsatzgruppen und Polizeikommandos daran gingen, die neue, verschärfte Mordpolitik in der besetzten Sowjetunion umzusetzen, reiste Himmler ins Generalgouvernement nach Lublin, um mit Globocnik und Pohl die Umsetzung seines Auftrags vom 17. Juli 1941 im Detail zu besprechen.

Himmlers zentrale Befehle richteten sich zugleich an Globocnik und Pohl. Am 20. Juli 1941 ordnete der Reichsführer-SS an, in Lublin ein Konzentrationslager für 25.000-50.000 Häftlinge zu errichten. Dieses Lager sollte Gefangene für einen „Einsatz in Werkstätten und Bauten der SS und Polizei“ zur Verfügung stellen. Die Einrichtung von Nebenlagern - ungewöhnlich für diesen Zeitpunkt - wurde explizit vorgesehen. Himmlers Projekt sah das Lubliner KL also als Kern eines territorial aufgefächerten Konglomerats von Neben- bzw. Arbeitslagern vor.

Die Beziehung des neuen Konzentrationslagers zu den Siedlungsplanungen war evident. Der Auftrag zum Aufbau dieses Lagers wurde nicht dem Inspekteur der Konzentrationslager gegeben, sondern Globocnik ausdrücklich in seiner neuen Funktion als „der Beauftragte des RFSS [für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte]“. Alle Bauvorhaben, die im Zuge der Tätigkeit Globocniks anlaufen sollten - einschließlich der Leitung der Werkstätten und Bauleitungen, die die KL-Häftlinge beschäftigen würden -, standen unter der Kontrolle Pohls bzw. seines Bauchefs, SS-Oberführer Dr. Ing. Hans Kammler. Noch in Lublin stimmte Himmler der speziell für die Stützpunktprojekte vorgesehenen Reorganisation des Bauwesens zu: „Die von SS-Gruppenführer Pohl bestimmte Organisation der Baudienststellen des Amtes II [des Hauptamtes Haushalt und Bauten - einer der Pohlschen Behörden] für den Beauftragten des Reichsführers [...] wird vom Reichsführer SS gut geheißten.“

Auch die weiteren von Himmler in Lublin erteilten Befehle waren ganz auf seine Siedlungsvisionen abgestimmt. Hierzu gehörten die Überlegungen zum Bau eines „SS- und Polizeiviertels“ in Lublin, zur Errichtung von „deutschen Kolonien“ bei Zamosc (einer Kleinstadt in der Nähe von Lublin), die „Fahndung nach deutschem Blut“ im Generalgouvernement und der an Pohl gerichtete Auftrag, dass das Lubliner Zweigwerk des SS-Unternehmens Deutsche Ausrüstungswerke GmbH (DAW) die „Ausbildung von Maurern, Zimmerern usw. (Baufacharbeiter) für den Einsatz im Osten durch[zuführen“ sollte. - Die Masse der DAW-Beschäftigten stellten KL-Häftlinge oder - speziell zu diesem Zeitpunkt in Lublin - jüdische Zwangsarbeiter.

III.

Wege zum Völkermord: selektive und sukzessive Radikalisierung der Judenpolitik Sommer 1941

Fast zur gleichen Zeit als Globocnik und Pohl daran gingen, die von Himmler erhaltenen Anordnungen umzusetzen, trat Reinhard Heydrich an Reichsmarschall Hermann Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Chef der Vierjahresplanorganisation und der formell zuständige Mann zumindest für die Ausbeutung und Enteignung der Juden in Deutschland, heran. Am 31. Juli 1941 legte der Polizeichef dem Reichsmarschall ein Schreiben vor, dass Heydrich beauftragte, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfragen im deutschen Einflussgebiet in Europa.“

Obwohl in dem Schreiben nur auf „Vorbereitungen“ hingewiesen wurde, wird deutlich, dass Himmler und Heydrich die Kontrolle über die mit der „Endlösung der Judenfrage“ zusammenhängenden Maßnahmen nicht nur beanspruchten, sondern nach der Besprechung bei

Hitler in der „Wolfsschanze“ auch übernahmen. Gleichfalls wird deutlich, dass zu diesem Zeitpunkt noch kein konkreter Plan für die „Endlösung“ existierte - denn sonst hätte Göring Heydrich nicht am 31. Juli beauftragen müssen, „in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen“. Auch war über das Planungsziel noch nicht klar entschieden. Selbst in der Sowjetunion kam es zu sukzessiven Radikalisierungsschüben und nicht zu einer großen Zäsur.

Die im östlichen Besatzungsgebiet von der SS und Polizei initiierten Mordaktionen wurden nicht schlagartig nach dem 16./17. Juli 1941 auch auf Frauen und Kinder ausgedehnt. Allerdings ist eine eindeutige Radikalisierung festzustellen, die schon nach kurzer Zeit nicht mehr vor bislang verschont gebliebenen jüdischen Bevölkerungsteilen Halt machte. Peter Longerich und Christian Gerlach haben den Prozess der Radikalisierung in dieser Zeit in allen Einzelheiten beschrieben. Ein Befehl Himmlers an das SS-Kavallerie-Regiment 2 wird von beiden Autoren als ein - neben der Tagung bei Hitler - weiterer und entscheidender Schritt auf dem Weg zur unterschiedslosen Ermordung aller Juden hervorgehoben. Am 1. August 1941 kursierte in dieser Einheit ein Funkspruch mit folgendem Inhalt: „Ausdrücklicher Befehl des RF-SS. Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben.“ In der Folge dieses Befehls begann nicht nur die angesprochene Kavallerieeinheit, sondern auch die übrigen Mordkommandos der SS und Polizei - Einsatzgruppen und -kommandos, Polizeibataillone und der Kommandostab Reichsführer-SS (zu dem das Kavallerie-Regiment 2 gehörte) - mit der Tötung von jüdischen Männern jeden Alters, Frauen und Kindern. Auch in diesem Fall agierten die über das gesamte Besatzungsgebiet verteilten SS-Kontingente nicht einheitlich. Erst ab September 1941 hatten alle Angehörigen der Mordeinheiten die neue Politik internalisiert und wurden die eingesessenen Juden unterschiedslos umgebracht. Spätestens im Oktober 1941 gingen SS und Polizei - unterstützt von autochthonen Hilfsverbänden - abermals über die bisherige Vernichtungsstrategie hinaus. In einer zweiten großen Mordwelle wurden nun systematisch ganze jüdische Gemeinden ausgerottet.

Während sich hinter der Front die Jagd auf die jüdische Bevölkerung zunehmend brutaler und umfassender gestaltete, gab abermals Hitler eine neue Marschroute vor, die in einer weiteren Radikalisierung der Judenpolitik in Zentraleuropa mündete. Mitte September 1941 entschied er, bereits vor Abschluss des Krieges die deutschen und tschechischen Juden nach „Osten“ zu deportieren. In der Diktion Himmler hieß dies am 18. September 1941: „Der Führer wünscht, dass möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden. Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreichs und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren, um sie im nächsten Frühjahr noch weiter nach dem Osten abzuschieben.“

IV.

Aufbau eines Zwangsarbeiterpools für die Ostsiedlung in Auschwitz-Birkenau und Lublin Herbst 1941

Parallel zum zunehmend umfassender werdenden Mordprogramm in der besetzten Sowjetunion und vor dem Hintergrund des bislang siegreichen Feldzuges der deutschen Wehrmacht plante Himmler seine nächsten Schritte auf dem Weg zur Realisierung nicht nur der SS- und Polizeistützpunkte, sondern der von ihm vorgesehenen Siedlungen in den besetzten und zum Teil in das Reich einzugliedernden sowjetischen Territorien. Wie die deutsche Wirtschaft insgesamt, so litten auch Himmlers Utopien unter einem Mangel an Arbeitskräften. Es war offensichtlich, dass die in das KL Lublin einzuweisenden Häftlinge als Arbeitskräfte für die gigantischen Projekte nicht ausreichen würden. Zudem war auch Anfang September 1941 noch nicht klar, woher diese Gefangenen überhaupt kommen sollten. Zu diesem Zeitpunkt saßen in allen Konzentrationslagern der SS nämlich nur wenig mehr Häftlinge als die allein für Lublin vorgesehenen 50.000 Gefangenen ein.

Um der drohenden Arbeitskräfteknappheit in Deutschland Herr zu werden, favorisierte bereits seit Juli und verstärkt seit August 1941 die Führung von Kriegswirtschaft und Wehrmacht einen Arbeitseinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen. Obwohl Himmler und das RSHA aus rassistischen, sprich: rassistischen, Gründen die Beschäftigung der „Untermenschen“ im Deutschen Reich ablehnten, hatten sich die Verantwortlichen in der Wirtschaft mit Rückendeckung Görings prinzipiell durchgesetzt: seit Ende August war der „Russeneinsatz“ möglich. Aber erst Ende Oktober schob Hitler persönlich alle Bedenken beiseite und öffnete Deutschland für einen „Großeinsatz [der sowjetischen Kriegsgefangenen] für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft“

Trotz seiner Bedenken gegen eine Beschäftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich zögerte Himmler nicht, dieses unter deutscher Kontrolle stehende Arbeitskräftepotential für seine eigenen Siedlungsplanungen vorzusehen. Im Dezember 1941 sprach der Reichsführer-SS mehrfach mit Untergebenen über die Einweisung von gefangenen Rotarmisten in die Konzentrationslager. Sein wichtigster Gesprächspartner war dabei Oswald Pohl, der für die Zwangsarbeit von KL-Häftlingen zuständig war. Wenn also Himmler Pohl über seine Planungen informierte, musste der Arbeitseinsatz der sowjetischen Gefangenen von besonderer Bedeutung sein.

Am 22. September 1941 war Glücks, der Inspekteur der Konzentrationslager, über die vorgesehene Aufnahme von 200.000 Kriegsgefangenen in die Konzentrationslager informiert worden. Drei Tage später sprachen Himmler und Pohl am Telefon über „Gefangene“. Und am selben Tag ordnete die Abteilung Kriegsgefangenenwesen beim OKW die Überstellung von bis zu 100.000 sowjetischen Kriegsgefangenen an den Reichsführer-SS „in die Gegend Lublin“ an. Himmler hatte also nicht nur Pläne geschmiedet, sondern von der Wehrmacht bereits die Zusicherung für ein großes Gefangenenkontingent erhalten.

Pohls Behörde reagierte umgehend auf die avisierten Rotarmisten. Am 27. September ordnete SS-Bauchef Kammler den Aufbau eines 50.000 Menschen fassenden Kriegsgefangenenlagers (KGL) in Lublin an. Für den Kriegsgefangenenlagerbau wurde extra eine neue Dienststelle geschaffen. Sie hieß „Sonderbeauftragter für die Errichtung von Kriegsgefangenenlagern bei der Zentralen Bauinspektion der Waffen-SS und Polizei in Lublin“. Die Leitung dieser Dienststelle übernahm SS-Obersturmführer Grosch, bis dato Bauleiter des KL Buchenwald.

Nicht nur die Lokalität des Lagers, sondern auch der Name und die Unterstellung der neuen Dienststelle geben einen eindeutigen Hinweis auf den Zweck der Übernahme der Kriegsgefangenen durch die SS. Statt eines Konzentrationslagers, das Arbeitskräfte für die Ostsiedlung bereitstellte, sollte nun in Lublin ein Kriegsgefangenenlager mit gleicher Mannschaftsstärke errichtet werden. Der Aufbau dieses Lager wurde nicht der üblicherweise für Bauvorhaben in Lublin zuständigen Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei übertragen, sondern einem Sonderbeauftragten, der der Zentralen Bauinspektion der Waffen-SS und Polizei in Lublin unterstand. Diese Baubehörde gehörte zu Globocniks Stab für den Bau der SS- und Polizeistützpunkte und sollte alle SS-Bauvorhaben in der besetzten Sowjetunion koordinieren. Leiter dieser Zentralen Bauinspektion war mit SS-Sturmbannführer Lenzer ein Angehöriger der Bauverwaltung von Kammler und Pohl. Letztlich hatte also Pohl, wie von Himmler angeordnet, die Kontrolle über das Bauwesen des Stützpunktbeauftragten und somit nun auch über den Kriegsgefangenenlagerbau. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, dass die Rotarmisten als Arbeitskräfte für die Ostsiedlung vorgesehen waren.

In Lublin konnte aber nur die Hälfte der vom OKW an die SS abzugebenden Gefangenen untergebracht werden. Daher befahl Kammler am 26. September mündlich und am 27. September 1941 mit bereits genanntem schriftlichen Befehl die Errichtung eines weiteren Kriegsgefangenenlagers in Auschwitz: „In Lublin und Auschwitz sind sofort am 1.10. Kriegsgefangenenlager mit einem Fassungsvermögen von je 50 000 Gefangene gemäß den in Berlin gegebenen Weisungen und den überlassenen Zeichnungsunterlagen zu errichten. Mit der zentralen Bearbeitung wird der Leiter der Bauleitung der Waffen-SS und Polizei Buchenwald, SS-Obersturmführer Grosch beauftragt. Die Bauleitungen in Lublin und Auschwitz stehen SS-

Obersturmführer Grosch zur Durchführung seines Sonderauftrages zur Verfügung. Die Arbeiten sind unverzüglich in Angriff zu nehmen und mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen.“

Dies war die Geburtsstunde des späteren Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Himmler wird die Anweisung zur Errichtung des Lager wahrscheinlich am 25. oder 26. September 1941 unmittelbar nach der Weisung des OKWs zur Abgabe der 100.000 Gefangenen und vor der Befehlsausgabe durch Kammler gegeben haben und nicht, wie Rudolf Höß, vormaliger Auschwitz-Kommandant, in Nachkriegsverhören behauptete, bereits Anfang März 1941. Diese und andere zeitliche Angaben von Höß, die bis heute die Fachliteratur dominieren, müssen ins Reich der Legende verwiesen werden. Wie das Kriegsgefangenenlager Lublin würde gemäß den Plänen Himmlers, Pohls und Kammlers auch das Kriegsgefangenenlager Auschwitz Rotarmisten aufnehmen, die später bei der SS-gesteuerten Ostsiedlung als Arbeitskräfte Verwendung finden sollten.

Bei der Besprechung im Berliner Hauptquartier des Pohlschen Bauamtes (Amt II des Hauptamtes Haushalt und Bauten) am 26. September 1941 war schon ein provisorischer Bauplatz für das Kriegsgefangenenlager in Auschwitz ins Auge gefasst worden. Drei Tage später besichtigte der Sonderbeauftragte Grosch das Gelände. Am 2. Oktober unternahmen die für den Bau des Lagers Verantwortlichen gemeinsam eine Ortsbegehung. Vor Ort entschieden Kammler, Höß, Grosch, der Bauingenieur SS-Hauptsturmführer Rudolf Götze und der soeben zum Sonderbauleiter für das Kriegsgefangenenlager in Auschwitz ernannte Zivilmitarbeiter Karl Bischoff, das vorgeschlagene Gelände zu verlegen. Am 4. Oktober wurde das vorgesehene Lager auf Wunsch von Höß noch einmal um 700 Meter nach Norden verschoben. Dort entstand in der Folge das als Auschwitz-Birkenau bekannt gewordene Lager.

Nur wenige Tage nach der Order zum Aufbau zweier Kriegsgefangenenlager à 50.000 Insassen wurde die Belegstärke nach oben korrigiert. Schon in seinem Aktenvermerk vom 9. Oktober 1941 sah Bauleiter Bischoff bei Fertigstellung der Bauabschnitte I und II eine Belegung mit 60.000 Gefangenen und bei Ausführung des zunächst nur projektierten Bauabschnittes III weitere 40.000 Gefangene vor. „Der Belag kann außerdem durch größere Belegdichte auf rund 150 000 Gefangene gesteigert werden“, räsionierte Bischoff. Diese Stärkeberechnungen fanden sich im ersten genehmigten Lageplan des „Kriegsgefangenenlagers Auschwitz O/S [Oberschlesien]“ wieder. Er lag am 14. Oktober 1941 vor und sah Platz für 100.000 Gefangene vor. Nachdem noch im Oktober 1941 eine Zahl von 125.000 Gefangenen kursierte, wurde etwa ein Jahr später die Gesamtbelegstärke von Auschwitz-Birkenau auf 200.000 Personen festgelegt. Ebenfalls im Herbst 1941 befahl Kammler zunächst den Ausbau des Lagers in Lublin für 125.000 und am 8. Dezember 1941 endgültig für 150.000 Personen.

Aus der Sicht Himmlers reichten die Aufnahmestätten der SS für sowjetische Kriegsgefangene aber immer noch nicht aus. Nach einem Besuch im November 1941 im SS-Sonderlager Stutthof bei Danzig befahl er, den Haftort als Konzentrationslager zu übernehmen und dort mindestens 25.000 Rotarmisten einzuweisen. Auf diese Weise konnte der Reichsführer-SS seinen beiden Kriegsgefangenenlagern im Süden Polens noch ein weiteres im Norden hinzufügen und die Gesamtaufnahmekapazität - theoretisch - auf mindestens 300.000 Insassen steigern. Es gibt darüber hinaus Hinweise, die darauf hindeuten, dass Anfang März 1942 auch für Stutthof ein Ausbauplan vorgelegt wurde, der mit einer Belegstärke von 150.000-200.000 Gefangenen die Größenordnungen von Auschwitz und Lublin erreichte. Nach der Umsetzung der bis zum I. Quartal 1942 vorgelegten Pläne hätten in den drei Lagern, die für sowjetische Kriegsgefangene vorgesehen waren, mindestens 450.000 Menschen inhaftiert werden können.

Ein weiteres „Sowjet-Kriegsgefangenenlager“ wurde im Oktober 1941 auf dem Gelände des SS-Truppenübungsplatzes Debica (bei Krakau) vorgesehen. Ob und wie dieses Lager eingerichtet wurde, ist nicht überliefert. Allerdings ernannte SS-Gruppenführer Hans Jüttner, der Chef des Stabes des SS-Führungshauptamtes, bereits am 25. Oktober 1941 eine vorläufige Lagerleitung. Obwohl es sich bei dem SS-Truppenübungsplatz um eine Einrichtung des SS-Führungshauptamtes handelte, war die enge Beziehung des Kriegsgefangenenlagers zum Konzentrationslagersystem evident. Jüttner befahl: „Zunächst sind zur Einweisung im

Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen 2 Unterführer durch die Kommandantur des SS-Tr.Üb.Platzes Debica zu einem Gefangenenlager, welches dem Inspekteur der K.L. untersteht, in Marsch zu setzen. Diese Kommandierung durch die Kommandantur erfolgt im Einvernehmen mit dem Inspekteur der K.L.“ Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen sollte also wie derjenige von KL-Häftlingen organisiert werden. Über die Einsatzgebiete der Gefangenen kann gegenwärtig nur spekuliert werden. Möglicherweise wurde das Lager in Debica ebenfalls als Arbeitskräftereservoir für die Ostsiedlung vorgesehen.

Größere Kontingente von gefangenen Rotarmisten trafen sowohl in den beiden Kriegsgefangenenlagern in Auschwitz und in Lublin als auch in den Konzentrationslagern im Reich ein. Allerdings wurde der von der Wehrmacht und von Himmler vorgesehene Umfang nie auch nur annähernd erreicht. Insgesamt 10.000 Mann wurden nach Auschwitz, 5.000 nach Lublin und rund 15.000 in andere Konzentrationslager verschickt. Diese Menschen waren explizit für einen Arbeitseinsatz vorgesehen und unterschieden sich dadurch von den Kriegsgefangenen, die von Sonderkommandos der Sicherheitspolizei in den Gefangenenlagern der Wehrmacht ausgesondert und nur zur Ermordung in die Konzentrationslager gebracht wurden. Allerdings waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen so mörderisch und die Wachmannschaften so gewalttätig, dass nur wenige Gefangene die ersten Monate überlebten. In Auschwitz lebten am 1. März 1942 nur noch knapp zehn Prozent der sowjetischen Soldaten, in Lublin ebenfalls maximal 10 Prozent. Wie in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht so war auch in den durch die SS kontrollierten Lagern die überwiegende Zahl der Gefangenen verstorben oder ermordet worden. Um die Jahreswende 1941/42 gab es praktisch kein größeres Arbeitskräftekontingent aus Rotarmisten für die deutsche Kriegswirtschaft mehr, und auch die SS konnte nur noch auf einige hundert ausgezehrt und sterbende Gefangene für ihre gigantischen Siedlungsplanungen zurückgreifen.

Obwohl die großen Träume von einem unendlich erscheinenden sowjetischen Arbeitskräfteheer zerplatzen, hatte Pohl als Berater Himmlers für die Arbeitseinsatzfragen und als Bauherr über Auschwitz-Birkenau und Lublin weiteres Terrain im Bereich der Ostsiedlungsplanungen gewonnen. Hinzu kam, dass Pohls Bauchef Kammler auch die Planungsskizzen für die SS- und Polizeistützpunkte anfertigte und eine Bauorganisation im „neuen Ostraum“ aufbaute, die für alle SS- und Polizeibauten zuständig sein sollte. Diese Bauorganisation war am 1. August 1941 entstanden, aber vermutlich nicht vor dem Herbst einsatzfähig. Seit dem 17. November 1941 firmierten die drei Bauinspektionen der Waffen-SS und Polizei, die alle SS-Baudienststellen in der besetzten Sowjetunion kommandierten, unter den Namen „Ostraum Nord, Mitte und Süd“. Die Hauptquartiere befanden sich in Riga, Mogilew und Kiew. Ihre Einsatzgebiete waren mit denjenigen der Höheren SS- und Polizeiführer identisch.

Neben Kammlers Baudienststellen etablierte auch Globocnik als der eigentlich für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte Verantwortliche eigene Außenstellen, die ebenfalls an den Standorten der Höheren SS- und Polizeiführer lagen. In Riga übernahm SS-Obersturmführer Georg Michalsen, in Mogilew SS-Untersturmführer Kurt Claasen und in Kiew SS-Obersturmführer Richard Thomalla die Leitung der jeweiligen Außenstelle.

Da Globocnik aber die *manpower* fehlte, konnten er und seine Untergebenen das riesige Besatzungsgebiet weder bereisen, noch notwendige Betriebsstätten akquirieren oder die auftretenden Kompetenzkonflikte mit anderen lokalen und regionalen SS-Dienststellen lösen. Letztlich scheiterte der Lubliner SS- und Polizeiführer mit seiner Aufgabe an seiner eigenen Überheblichkeit, den riesigen Dimensionen des Landes und den geringen personellen und materiellen Ressourcen. Sukzessive übernahmen Pohl und seine Organisation die Aufgaben Globocniks, bis am 15. Mai 1942 Himmler auch offiziell verkünden ließ: „Die Errichtung des SS- und Polizeistützpunktes ist Aufgabe des Chefs des Hauptamtes Wirtschaft und Verwaltung und seiner Bauinspektion“.

V.

Implementierung regionaler Genozide und Deportationsbeginn aus Deutschland Oktober - Dezember 1941

Allerdings war sein Misserfolg vermutlich nicht der einzige Grund der Globocnik dazu bewegte, sich aus den Stützpunktplanungen zurückzuziehen. Im Oktober 1941 hatte ihm Himmler nämlich eine Aufgabe übertragen, die den SS- und Polizeiführer von Lublin und seinen Stab vor große Herausforderungen stellte: Globocnik sollte die Ermordung der Juden zumindest in seinem Distrikt durchführen. Wie heute bekannt, setzten die Vorbereitungen zum Aufbau der Vernichtungsstätte Belzec unmittelbar nach der Rückkehr des SS- und Polizeiführers von einer Besprechung mit Himmler in Berlin Mitte Oktober 1941 ein. Wahrscheinlich Ende November traf dann auch Personal aus der Euthanasie-Aktion ein, das die Mordmaschinerie bedienen sollte. Noch Ende 1941 wurde der Bau einer zweiten Vernichtungsstätte, Sobibor, vorbereitet, der Baubeginn aber bis Frühjahr 1942 verschoben.

Für die Vorbereitung des Völkermordes an den Juden im Distrikt Lublin griff Globocnik wieder auf die altbewährten Kämpen seines Stabes zurück, die auch schon maßgeblich seine Bemühungen um den Aufbau der SS- und Polizeistützpunkte getragen hatten:

- Oberstleutnant der Gendarmerie Hermann Kintrup, seit August 1941 Stabschef der Dienststelle des Stützpunktbeauftragten, leitete seit Januar 1942 als Kommandeur der Ordnungspolizei in Lublin und Chef des Polizeiregiments 25 maßgeblich die Einsätze zur Sammlung und Deportation der Juden im Distrikt. Er war auch der direkte Dienstvorgesetzte des berüchtigten Reserve-Polizeibataillons 101.
- SS-Sturmbannführer Hermann Höfle, hatte die Wirtschaftsbetriebe beaufsichtigt, die Globocnik im neuen Ostraum beschlagnahmt hatte und die als Produktionsstätten für den Aufbau der SS- und Polizeistützpunkte vorgesehen waren. Globocnik machte ihn zu seinem Judenreferenten und später zum Leiter des „Einsatzes Reinhard“, welcher die Vernichtung und Ausbeutung der polnischen Juden umfasste.
- Der Maurer und ehemalige Bauunternehmer Thomalla, bislang für den Stützpunktbeauftragten in Riga tätig, leitete wahrscheinlich den Aufbau der Vernichtungsstätten Sobibor und Treblinka.
- Claasen und Michalsen, vormals Riga und Mogilew, beteiligten sich als Judenreferenten im Stab Globocniks an der Organisation und Durchführung der Deportation von Juden in die Vernichtungsstätten.

Doch nicht nur im Distrikt Lublin des Generalgouvernements liefen im Herbst 1941 regionale Vernichtungsmaßnahmen an. Bereits seit Oktober wurden einheimische Juden im Reichsgau Wartheland erschossen; ab dem 8. Dezember 1941 fungierten in Chelmno-Kulmhof stationierte Gaswagen als regionales Mordzentrum vorwiegend für Juden aus Lodz. Ebenfalls im Oktober begannen auch die Massenmorde an den eingewanderten Juden im Distrikt Galizien und - zu diesem Zeitpunkt als Sonderfall - die in den Genozid an der jüdischen Bevölkerung mündenden „Vergeltungsmaßnahmen“ der Wehrmacht in Serbien. Zudem wurden die Grundlagen für den Bau von Vernichtungsstätten sowohl in Riga als auch vermutlich in Mogilew gelegt.

Hitlers Anweisung vom September 1941, Juden aus dem Reich zu deportieren, wurde ebenfalls im Herbst 1941 umgesetzt. Im Oktober begannen Transporte regelmäßig aus dem Reichsgebiet gen „Osten“ zu rollen. In einer ersten Deportationswelle wurden vom 16. Oktober bis zum 5. November 1941 etwa 20.000 Juden und 5.000 Sinti und Roma nach Lodz verschleppt. Eine zweite Deportationswelle, die zwischen dem 8. November 1941 und dem 6. Februar 1942 vermutlich 33 Transporte umfasste, brachte die Opfer nach Riga, Kowno-Kaunas und Minsk.

In Minsk waren kurz vor dem Eintreffen der Transporte aus dem Reich die bislang im Minsker Ghetto zusammengepferchten Juden umgebracht worden. Sie hatten also ihren deutschen Leidensgenossen „Platz gemacht“. Die Täter unterschieden folglich klar zwischen der autochthonen jüdischen Bevölkerung und den Juden aus Zentraleuropa, insbesondere aus Deutschland. Der Generalkommissar für Weißruthenien, Kube, wollte explizit „Menschen, die aus

unserem Kulturkreis kommen“ anders behandelt sehen als die „bodenständigen vertierten Horden.“

Dieser Sicht scheint scheinbar zu widersprechen, dass rund 6.000 Juden aus Deutschland und Österreich im November 1941 direkt nach ihrer Ankunft in Kowno-Kaunas und Riga umgebracht worden waren. In diesem Fall hatten jedoch die örtlichen und regionalen SS- und Polizeibefehlshaber, allen voran der Höhere SS- und Polizeiführer im Ostland, Jeckeln, ihren Ermessensspielraum überschritten. Die einheimischen Juden mussten ermordet werden, um Platz für die Deportierten aus Deutschland zu schaffen. Die Juden aus dem Reich sollten aber nicht ebenfalls umgebracht werden. In den Telefonnotizen Himmlers findet sich eine ziemlich einmalige, aber klare Anweisung. Am 30. November 1941 teilte er Heydrich mit: „Judentransport aus Berlin. Keine Liquidation.“ Noch am selben Tag drohte Himmler auch eine Bestrafung für den Fall an, dass die vom RSHA ausgegebenen Befehle über die Behandlung der nach dem „Gebiet Ostland“ deportierten Juden nicht beachtet würden. In der Folge wurden tatsächlich mehrere Monate keine Massenerschießungen unter deutschen Juden mehr durchgeführt, aber auch in Riga wie zuvor in Minsk die lettischen Juden des Rigaer Ghettos umgebracht, um für die zentraleuropäischen Neuankömmlinge Räumlichkeiten zur Verfügung zu haben.

Von einer einheitlichen „Judenpolitik“ oder einem planvoll strukturierten Mordprogramm konnte Anfang Dezember 1941 noch nicht gesprochen werden. Allerdings hatten sich in den Monaten nach dem Beginn des „Russlandfeldzuges“ die Beteiligten an der „Endlösung der Judenfrage“ auf allen Ebenen zunehmend radikaler gezeigt. Bis zum Dezember 1941 war ganz deutlich geworden, dass die in der Sowjetunion lebenden Juden mit wenigen Ausnahmen unterschiedslos umgebracht werden sollten. Nur jüngere, „arbeitsfähige“ Juden würden (zunächst) ausgespart. Territorial beschränkte Genozide waren um diese Zeit ebenfalls in Galizien, Lublin, Serbien und im Warthegau angelaufen oder zumindest in Vorbereitung. Mit der ersten systematischen Deportation von Juden aus dem Reich und dem Protektorat wurden zum ersten Mal auch dem deutschen Kulturkreis angehörige Juden in die „Endlösung“ miteinbezogen. Allerdings sollten diese Menschen zwar in den „Osten“ verschleppt, aber explizit noch nicht getötet werden. Überlegungen zur Verschleppung von westeuropäischen Juden waren zwar bereits angestellt, nicht jedoch in die Praxis umgesetzt worden.

Wie in Weißrussland, so wurde auch im Generalgouvernement und im Reich nicht mehr nur nach West- und Ostjuden, sondern zunehmend auch nach „arbeitsfähigen“ und „arbeitsunfähigen“ Opfern unterschieden. Vor dem Hintergrund der zunehmend kritischer werdenden Kriegs- und Frontlage wurde dem Arbeitskräfteengpass in der deutschen Kriegswirtschaft und im Besatzungsgebiet zumindest verbal Rechnung getragen. An einigen zentralen Bauprojekten der SS, so vor allem bei der Durchgangsstraße IV (Dg IV) in der südlichen Ukraine, wurden bereits Juden eingesetzt, allerdings unter mörderischen Bedingungen, die jeder ökonomischen Effizienz Hohn sprachen. Für Himmlers visionäres Ostsiedlungsprojekt spielten Juden im Herbst noch keine Rolle, vielmehr schwelgten seine Planungs- und Bauexperten in exorbitanten Zahlen eines durch sowjetische Kriegsgefangene gespeisten Zwangsarbeiterpools.

Vor dem Hintergrund dieser mörderischen, aber wenig durchsichtigen Situation, lud Heydrich mit Verweis auf die ihm von Göring ausgestellte Vollmacht Ende November 1941 Staatssekretäre und andere Spitzenvertreter von Staats- und Parteibehörden für den 9. Dezember zu einer Besprechung über die „mit der Endlösung zusammenhängenden Arbeiten“ ein. Heydrichs Intentionen gehen aus seinem Schreiben nicht klar hervor. Allerdings erhoffte sich der Chef des RSHA „die Erreichung einer gleichen Auffassung“. Er wollte also eine gemeinsame Basis für die weitere Kooperation schaffen. Zudem wies er ausdrücklich darauf hin, dass bereits seit dem 15. Oktober 1941 Deportationstransporte aus dem Reichsgebiet abgehen würden. Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland sollte also besprochen werden. Mark Roseman hat in seiner Studie zur Wannsee-Konferenz darauf hingewiesen, dass auch im Bezug auf die Deportationen keine Detailabsprachen anvisiert wurden. Es ging vielmehr um allgemeine Richtlinien. Roseman urteilt: „Kompetenzstreitigkeiten zu lösen und Verantwortlichkeiten zu klären gehörte zu den wichtigsten Punkten auf Heydrichs Tagesordnung.“ Entgegen Gerlachs Annahme, dass die Tagung zunächst nur mit Blick auf die deutsche jüdische Bevölkerung einberufen worden

war, kommt Roseman zu einem anderen Schluss. Gerade die Beteiligung und die Vorbereitungen des Außenministeriums wiesen darauf hin, dass über die Deportationen von Juden aus ganz Europa gesprochen werden sollte. Das Innenministerium bereitete sich nach Erhalt der Einladung darauf vor, über die Abgrenzung der sogenannten jüdischen Mischlinge zu diskutieren. Mit Blick auf die tatsächlich während der auf den 20. Januar 1942 verschobenen Konferenz behandelten Schwerpunkte fällt auf, dass sowohl die Deportationen als auch die „Mischlingsfrage“ prominent behandelt wurden. Die Frage des Arbeitseinsatzes der Juden, die im Januar 1942 ebenfalls eine große Rolle spielte, scheint dagegen Ende November 1941 - trotz der Einladung von Staatssekretär Neumann von der Vierjahresplanbehörde - noch kein Thema gewesen zu sein.

VI.

KL-Häftlinge als Bauhandwerker für die Friedensbauten im „Osten“ November/Dezember 1941

Obwohl sich der Umfang der Pläne für die SS-Ostsiedlungsprojekte konkretisierte, scheinen Himmler, Pohl und Kammler noch im Dezember 1941 keinen Arbeitskräfteengpass befürchtet zu haben. Am 4. Dezember 1941 stellte Kammler seine Berechnungen für ein „Vorläufiges Friedensbauprogramm des Hauptamtes Haushalt und Bauten, Amt II - Bauten“ auf, das insgesamt über 13 Milliarden Reichsmark umfasste (zum Vergleich: dieser Betrag entspricht den Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches im Jahr 1935/36). Die Projekte verteilten sich auf alle deutsch beherrschten Gebiete, der Löwenanteil von über sechs Milliarden Reichsmark war aber für den sogenannten neuen Ostraum vorgesehen. Pohl präzisierte in seinem Anschreiben an Himmler, dass dieses Geld „für Bauten der Waffen-SS sowie der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum erforderlich werde“.

Während dieser Zeit bereitete zwar nicht die Quantität, jedoch die „Qualität“ der für die Ostsiedlung vorgesehenen Zwangsarbeiter den SS-Verantwortlichen Sorgen. Schon am 7. November 1941 hatte der für die Zwangsarbeit der KL-Häftlinge verantwortliche Sachbearbeiter in der IKL, Wilhelm Burböck, den Arbeitseinsatzführern in den einzelnen Konzentrationslagern zur Aufgabe gemacht, Häftlinge „für Berufe der Bauhandwerke“ zu schulen und zu diesem Zweck private Fachleute einzusetzen. Der Zusammenhang mit dem von Kammler erst einen Monat später aufgestellten Friedensbauprogramm machte Burböck unmissverständlich klar: „Zur Information wird schon heute darauf hingewiesen, dass dies [das Ausbildungsprogramm] nicht vom jetzigen Bedarf abhängt, sondern ausschließlich von den gestellten Zukunftsaufgaben.“ Und auch der Hinweis auf den Baueinsatz im Osten fehlte in Burböcks Anweisungen an die Konzentrationslager nicht: „Darüber hinaus wird auf die geplanten Lager im neuen Ostraum hingewiesen, die erstmals als solche erstellt werden müssen und deren Arbeitskräfte dann für die großen Aufbauarbeiten im Osten Verwendung finden sollten.“ Folglich war auch auf der unteren Hierarchieebene, d.h. bei den für die Zwangsarbeit in den einzelnen Konzentrationslagern zuständigen SS-Männern, klar, dass vor allem die östlich gelegenen Konzentrationslager (also die im weiteren Aufbau befindlichen Lager in Lublin und Auschwitz) die Arbeitskräfte für die Ostsiedlung stellen sollten. Die Ausbildung von Handwerkern wurde aber allen Lagern gleichermaßen zur Pflicht gemacht.

Die Bedeutung der Anweisung Burböcks wurde vier Wochen später durch ein Rundschreiben Himmlers unterstrichen, das auch an die Kommandanten der Konzentrationslager ging. Er Reichsführer-SS wies darauf hin:

„Die Bauvorhaben der Schutzstaffel, insbesondere nach dem Kriege, erfordern, dass schon jetzt weitgehend vorbereitende Maßnahmen getroffen werden. Hierzu gehört in erster Linie die Bereitstellung der erforderlichen Bauarbeiterkräfte. Die Schutzstaffel ist in der selten günstigen Lage, diese Arbeitskräfte aus den Häftlingen der Konzentrationslager heranzubilden und heranzuziehen. Ich habe deshalb den Chef des V.- und W.-Hauptamtes [Verwaltungs- und Wirtschaftshauptamtes], SS-Gruppenführer Pohl, beauftragt, bis zum Friedensschluss für die dann einsetzenden Großbauten heranzubilden:

- 1.) mindestens 5.000 Steinmetzen,
- 2.) mindestens 10.000 Maurer.“

Dieser Befehl zeigt nicht nur, welche Tagträume von einem gewonnenen Krieg Himmler umtrieben, sondern auch, wie wichtig der Reichsführer-SS Anfang Dezember 1941 die scheinbar bevorstehenden Friedensbauten nahm und welche zentrale Rolle er für Pohl vorsah. Die Planung und die Durchführung der Bauten sowie die Ausbildung und der Einsatz der benötigten Zwangsarbeiter lagen spätestens seit diesem Zeitpunkt in den Händen Pohls und Kammlers.

VII.

Die Wannsee-Konferenz: Europaweiter Deportationsplan und jüdische Zwangsarbeit Januar 1942

Der Dezember 1941 führte zumindest verbal zu einer erneuten Radikalisierung der „Judenpolitik“. Die Auftritte und Aufzeichnungen von Hitler und einigen seiner engsten Mitarbeiter deuten auf die abermalige Verschärfung hin. Ob der Dezember allerdings die entscheidende Zäsur brachte und Hitler Mitte des Monats den Befehl zur Ermordung der europäischen Juden gab, wie Christian Gerlach vor einigen Jahren vermutete, ist zweifelhaft. Auf jeden Fall werden die Tiraden Hitlers und vor allem auch die Ausführungen des Generalgouverneurs Hans Frank zur Ermordung der Juden in Polen das politische Klima nochmals verschärft und Himmler und die SS-Führung zu weiterreichenden Maßnahmen angeregt haben.

Vor diesem Hintergrund kamen am 14. Januar 1942 die Leiter fast aller Hauptämter der SS zu einer zweitägigen Besprechung im sogenannten „Hegewaldheim“ zusammen. Neben einigen Einzelgesprächen, die Himmler jeweils am Morgen führte, trafen sich die Eingeladenen an beiden Tagen nach dem Mittagessen zur großen Runde. Über die Tagung und die Gesprächsthemen sind keine Einzelheiten überliefert. Für Pohl und seinen Apparat brachte die Besprechung auf jeden Fall eine wichtige Weichenstellung. Vermutlich am 15. Januar entschied Himmler, die Dienststellen Pohls zum SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt zusammenzulegen. Das Verwaltungswesen der SS und die vom Hauptamtschef geführte Ostsiedlungsorganisation wurden in einer Behörde zusammengefasst; Pohls Anspruch, das gesamte SS- und Polizeibauwesen auch unabhängig von der staatlichen Bauverwaltung zu kontrollieren, wurde unterstrichen.

Es ist anzunehmen, dass auf der Konferenz auch über die eine Woche zuvor von Heydrich für den 20. Januar in das Gästehaus am Großen Wannsee eingeladene Versammlung gesprochen wurde, da im „Hegewaldheim“ die Spitzen der Berliner Bürokratie der SS versammelt waren, die fast ausnahmslos direkt oder indirekt mit der Ermordung der Juden oder mit dem KL-System zu tun hatten. Sicherlich haben Himmler und Heydrich während ihrer längeren Aussprache am Morgen des 15. Januar die Marschroute für die bevorstehende Konferenz am Großen Wannsee und die Schwerpunkte der Besprechung festgelegt.

Nur fünf Tage nach Abschluss der „Hegewaldheim“-Tagung versammelten sich die von Heydrich Eingeladenen zur Wannsee-Konferenz. Die Besprechung ist nicht durch ein Wortprotokoll, sondern durch ein vermutlich von Heydrich redigiertes Ergebnisprotokoll überliefert. Roseman betont in seiner Studie zur Konferenz daher, dass das Protokoll die „Absichten und Interessen des Mannes wieder[gibt], der die Konferenz einberufen hat, Reinhard Heydrich“.

Das Protokoll lässt drei inhaltliche Schwerpunkte der Tagung erkennen: Nachdem Heydrich den Anwesenden kategorisch klar gemacht hatte, dass die „Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage“ bei der SS läge, machte er (1) die Anwesenden mit dem Umfang der Deportationspläne bekannt, erklärte er (2), dass „im Zuge der Endlösung“ die Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt werden sollten, und versuchte er (3) eine eindeutige Abgrenzung in der Frage der „Mischlinge“ zu erreichen.

Allein schon aufgrund der exorbitanten geographischen Ausweitung der Opfergruppe ist die Wannsee-Konferenz eine weitere radikalisierende Zäsur auf dem Weg zum Holocaust. Die nunmehr von Heydrich vorgeschlagene Einbeziehung aller europäischen Juden in die Deportationspläne wurde von keinem der anwesenden Staats- und Parteibürokraten negativ kommentiert. Dagegen entspann sich über die Definition und die rechtliche Stellung von

„Mischlingen“ ein längerer Streit, der während der Besprechung nicht gelöst und auf weitere Zusammenkünfte untergeordneter Chargen vertagt werden musste. Trotz dieses Problems hatte Heydrich ohne Zweifel sein hauptsächliches Ziel, seine „Federführung“ zu unterstreichen und die Zustimmung und Kooperationsbereitschaft der Ministerial- und Parteivertreter zu erlangen, erreicht.

Heydrichs Ausführungen zur Zwangsarbeit der jüdischen Deportationsopfer erregten ebenfalls keinen Widerspruch. Die in diesem Zusammenhang gemachten Hinweise gehörten zu den wenigen, konkreten Überlegungen des Chefs des RSHA in Bezug auf die Durchführung der Deportationen. (Darüber hinaus machte Heydrich die Anwesenden nur damit vertraut, dass „Europa von West nach Ost durchgekämmt“ und die Juden „zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht“ werden sollten. Von dort aus „würden sie weiter nach dem Osten transportiert.“)

Die Zwangsarbeit beschrieb er detailliert:

„Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden Straßen bauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.“

Heydrich gab unumwunden zu, dass die Beschäftigung der jüdischen Deportierten unter menschenverachtenden Bedingungen stattfinden würde. Gerade vor dem Hintergrund der bereits seit einem halben Jahr durchgeführten Massenmorde in der Sowjetunion wird keinem Konferenzteilnehmer verschlossen geblieben sein, dass es sich um ein mörderisches Programm handelte. Auf jüdische Opfer würde keine Rücksicht genommen, vielmehr würde der „Ausfall“ von Juden die „Endlösung der Judenfrage“ befördern.

Die ältere Forschung hat daher angenommen, dass eine Beschäftigung in Wirklichkeit nicht vorgesehen, sondern der Hinweis auf den Arbeitseinsatz im „Osten“ ein Synonym für die Ermordung der Juden in den östlich gelegenen Vernichtungslagern gewesen sei. Jüngere Darstellungen haben diese Vorstellungen zurückgewiesen und hervorgehoben, dass tatsächlich Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt worden sind, insbesondere bei den Arbeiten an der Durchgangsstraße IV. Dort waren die Arbeits- und Lebensbedingungen so schlecht, dass die jüdischen Arbeitskräfte im Höchsthfall einige Monate durchhalten konnten. Die Straßenbauarbeiten waren im wahrsten Sinne des Wortes Todeskommandos. Diese Forschungen haben gezeigt, dass Heydrich durchaus beim Wort genommen werden kann. Er benutzte keine Tarnsprache. Allerdings scheinen Arbeitseinsatz und Projekte, wie sie in diesen Studien beschrieben wurden, letztlich nur einen untergeordneten Stellenwert gehabt zu haben.

Die tatsächliche Bedeutung des Arbeitseinsatzes ging allerdings über die bislang in der Forschung dargestellten Vorhaben hinaus. Sie erschließt sich zum einen durch die unmittelbar nach der Wannsee-Konferenz veranlassten Maßnahmen Himmlers, die eine systematische und großangelegte Beschäftigung von jüdischen Zwangsarbeitern zum Ziel hatten. Die Anordnungen des Reichsführer-SS sollen im folgenden Kapitel (VIII.) erläutert werden. Zum anderen macht ein genauer Blick auf das Protokoll deutlich, dass Heydrich es geschickt verstand, den Arbeitseinsatz unter die alleinige Kontrolle der SS zu bringen. Für die von Himmler vorgesehenen Großprojekte war dies Voraussetzung.

Zu Beginn seiner das III. Kapitel des Protokolls einleitenden Ausführungen bezeichnete Heydrich die „Evakuierung der Juden nach dem Osten“ bemerkenswert verschwommen nur als eine „weitere Lösungsmöglichkeit“ (neben der Auswanderung), die allerdings die Zustimmung Hitlers erhalten hätte. Vermutlich bezog Heydrich sich hierbei auf die Anordnung Hitlers vom September 1941, die deutschen Juden zu deportieren. Direkt im Anschluss an diesen Satz wies Heydrich darauf hin, dass diese „Aktionen [...] jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen“ sind, während der für die „kommende Endlösung“ aber praktische Erfahrungen gesammelt werden könnten.

Heydrich konnte also zwei Bestellungen vorweisen. Einmal hatte ihn Göring bevollmächtigt, alle Vorbereitungen zur „Endlösung“ zu ergreifen, zum zweiten hatte Hitler die Deportationen angeordnet. Was das Ziel der Deportationen sein sollte (abgesehen vom schimärischen „Osten“), konnte und durfte Heydrich aber noch nicht sagen. Der Chef des RSHA hatte weder Göring einen detaillierten Plan für die „Endlösung“ vorgelegt, noch hatte der „Führer und Reichskanzler“ das Ziel der „Endlösung“ definiert. Hätte Hitler bereits eine eindeutige Zielrichtung vorgegeben, so hätte Heydrich nicht gezögert, den „Führerbefehl“ als Grundlage seines Auftrages anzugeben - Görings Brief und Hitlers Anordnung zur Deportation erwähnte der Polizeichef ja an prominenter Stelle.

Die Deportationen - wenn auch als „Ausweichmöglichkeiten“ anzusprechen - gehörten auf jeden Fall zu den „erforderlichen Vorbereitungen“ der „Endlösung“. In dieser Lesart kommt der Auftrag für die Verschleppungen sowohl von Göring als auch von Hitler. Eine höhere Autorität war nicht einzufordern.

Bereits im Zuge der Deportationen sollten die Juden Zwangsarbeit leisten, also innerhalb des von Heydrich bzw. der SS verantworteten Auftrags. Das heißt, im Augenblick des Beginns der Deportation war der Arbeitseinsatz allein Sache der SS, die ja die „Federführung“ inne hatte. Ziel war es, ebenfalls im „Zuge der Endlösung“, die Juden „in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz“ zu verpflichten. Auch am Ende der Deportationen sollte die Zwangsarbeit stehen. Anscheinend handelte es sich um ein Projekt zumindest von gewisser Dauer.

Heydrich ließ allerdings offen, ob die Zwangsarbeit im „Osten“ letztendliches Ziel der Deportationen war. Der Abschnitt des Protokolls, der hierüber Auskunft geben könnte, ist nicht eindeutig:

„Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.“

Sicherlich würde die Behandlung brutal sein. Letztlich blieb der Chef des RSHA aber auch in der Passage über die Behandlung des „widerstandsfähigsten Teil[s]“ der Juden unpräzise. Er machte nur deutlich, dass an eine Freilassung nicht zu denken sei, er also zumindest lebenslängliche Gefangenschaft vorsah.

Während er bei den Zielen der „Endlösung“ ungenau bleiben musste, hatte es Heydrich in der Frage des Arbeitseinsatzes der Deportierten geschafft, nicht nur die Stellung der Zwangsarbeit im Deportationsprozess zu definieren, sondern zugleich die unumschränkte Verfügungsgewalt der SS über ein riesiges Heer an Zwangsarbeitern zu sichern. Dieses Ergebnis der Konferenz ging ohne Zweifel mit den Prioritäten Himmlers, wie er sie nur wenige Tage später artikulierte, konform.

VIII.

In der Folge der Wannsee-Konferenz:

Jüdische Zwangsarbeiter für die erweiterten SS-Siedlungs- und Baupläne Januar/Februar 1942

Am 26. Januar 1941 - sechs Tag nach der Wannsee-Konferenz - erhielt Richard Glücks, der Inspekteur der Konzentrationslager, vom Reichsführer-SS ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Nachdem russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind, werde ich von den Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden, eine große Anzahl in die Lager schicken. Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten 4 Wochen 100 000 männliche Juden und bis zu 50 000 Jüdinnen in die KL aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufgaben und Aufträge werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten. SS-Gruppenführer Pohl wird Sie im Einzelnen unterrichten.“

Einen Tag zuvor hatte Himmler bereits Pohl und Heydrich über seinen bevorstehenden Befehl informiert. Mit seinem Verwaltungschef telefonierte der Reichsführer-SS gegen 11 Uhr. Das Gespräch hatte „wirtschaftliche Neuaufgaben“ zum Inhalt. Zudem wurde Pohl für den 28. Januar ins Büro des Reichsführer-SS geladen. Heydrich und Himmler sprachen um 17 Uhr über „Juden in die KLS“.

Die Aufgaben der drei Protagonisten waren also eindeutig geregelt: Heydrich sollte die Juden verhaften und in die Konzentrationslager einweisen, Glücks würde die neuen Häftlinge in seine Lager aufnehmen, und Pohl war für den Arbeitseinsatz, also letztlich das Ziel der Verhaftungsaktion, zuständig. Obwohl die großen wirtschaftlichen Aufgaben und Aufträge nicht weiter beschrieben wurden, geben sowohl das Telegramm als auch der zeitliche Zusammenhang präzise Aufklärung.

Himmler ließ es nicht an Eindeutigkeit fehlen, als er Glücks ausdrücklich darauf hinwies, dass die jüdischen Zwangsarbeiter, die - und das sei hier eingeführt - nach den Ergebnissen der Wannsee-Konferenz deportiert werden sollten, an die Stelle der sowjetischen Kriegsgefangenen treten würden. Die gefangenen Rotarmisten wiederum waren vor allem als Arbeitskräftereservoir für die Ostsiedlung vorgesehen worden. Aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen waren die meisten dieser Menschen aber Anfang 1942 bereits verstorben oder ermordet worden. Da die Wehrmacht mit den in ihren Lagern zusammengepferchten Gefangenen nicht besser umgegangen war, konnte die SS vor dort keine weiteren potentiellen Arbeitskräfte erwarten.

Diese Situation müssen Himmler und die für die Planung der Ostsiedlung zuständigen SS-Führer gegen Ende Dezember 1941 oder Anfang Januar 1942 erkannt haben (Anfang Dezember 1941 scheint ein Arbeitskräfteengpass noch nicht realisiert worden zu sein.). Folglich fehlten den „grandiosen“ Plänen die eigentlich Ausführenden, die Arbeitskräfte. Das durch die Vernachlässigung und Ermordung der Kriegsgefangenen eingetretene selbstgeschaffene Arbeitskräfteproblem sollte nun abermals durch eine SS-typische Maßnahme gelöst werden. Eine neue Zwangsarbeitergruppe würde die sowjetischen Kriegsgefangenen zumindest bis auf weiteres ersetzen und für den Einsatz bei der Ostsiedlung zur Verfügung stehen.

Eine andere Aufgabe stand für die 150.000 neuen Gefangenen nicht bereit. Weder die private und staatliche Rüstungsindustrie noch der SS-Wirtschaftskonzern fragten Anfang 1942 eine so große Anzahl von Arbeitskräften aus den Konzentrationslagern nach. Mit der Anordnung Himmlers war auch kein Einstieg in die Rüstungsindustrie oder der Aufbau eines eigenen SS-Rüstungskonzerns verbunden. Allein die geplante Ostsiedlung bzw. die Friedensbauaufgaben, mit denen sich Himmler und Pohl zu diesem Zeitpunkt befassten, forderten diese Masse an Zwangsarbeitern.

Heydrich hatte während der Wannsee-Konferenz geschickt die Grundlagen gelegt. Der Arbeitseinsatz als Teil der „Endlösung“ und der Deportation standen unter „Federführung“ der SS. Wenn man sich vor Augen hält, dass Himmlers erster Befehl, der die Ergebnisse der Wannsee-Konferenz aufgriff, sich auf den Arbeitseinsatz (und nicht auf die Ermordung) von Juden und seine favorisierten Ostsiedlungsplanungen bezog, dann wird die Bedeutung der Heydrichschen Ausführungen (und seines später abgeschlossenen Protokolls) deutlich. Der Arbeitseinsatz für die sogenannten Friedensbauten bzw. die Ostsiedlung war für die SS-Führung kein marginales Vorhaben, sondern stand zumindest Mitte Januar 1942 im Zentrum der Politik der SS und ihrer Vorstellung von der „Endlösung der Judenfrage“.

Die Bedeutung, die Himmler den Friedens- und Siedlungsplanungen zumaß, wird durch sein Gespräch mit Pohl am 28. Januar 1942 nochmals unterstrichen. Wie am 25. Januar telefonisch abgesprochen, erschien Pohl am vorgesehenen Tag. Zunächst, gegen 14.00 Uhr aßen der Reichsführer-SS und sein Gast gemeinsam mit dem Landesbauernführer des Rheinlands und einem seiner Referenten zu Mittag. Ob in dieser Runde schon Fragen der Ostsiedlung oder der Landwirtschaft im „Osten“ angesprochen wurden, ist nicht überliefert. Abgesehen von zwei Telefongesprächen widmete sich Himmler nach dem Essen den ganzen Nachmittag bis in die frühen Abendstunden (19.30 Uhr) seinem Hauptamtschef. Ein wesentlicher Gesprächspunkt war

das von Kammler über Pohl eingereichte Friedensbauprogramm, wie Himmler auf Pohls Anschreiben vom Dezember 1941 vermerkte.

Vermutlich wird der Reichsführer-SS seinem Untergebenen bereits am 28. Januar mündlich mitgeteilt haben, dass er Kammlers umfangreiches Bauprogramm noch für unvollständig hielt. Drei Tage nach dem Gespräch schickte Himmler Pohl die schriftliche Fassung zu. Der Reichsführer-SS machte in unmissverständlichen Worten klar, dass allein die offiziellen (d.h. die üblichen Dienstgebäude) für SS und Polizei in fünf Jahren 13 Milliarden Reichsmark kosten würden. „Ich glaube [,] dass dabei die ganz enormen Bauten, die wir für Waffen-SS, Allgemeine-SS und Polizei erstellen wollen, noch nicht mitgerechnet sind.“

Neben einer generellen Kritik am Umfang machte Himmler noch weitere Vorschläge hinsichtlich der Methoden künftiger SS-Bauvorhaben. Zunächst forderte er von Pohl, sich die notwendigen Baumaterialien, Stein, Kalk, Zement, Eisen und Holz, zu sichern. Holz sollte „durch Zuteilung von Holzkonzessionen im nordrussischen Raum“ bereitgestellt werden. Danach ging der Reichsführer-SS nochmals auf die Ausbildung und den Einsatz von Gefangenen für die Ostsiedlung ein. Er bat den Hauptamtschef, „mit allen Maßnahmen darauf abzuzielen, dass wir durch Heranbildung von Gefangenen zu Handwerkern, und zwar zu Spezialisten, [...] die Baukosten aller unserer staatlichen und privaten Bauten der SS und Polizei auf das Minimum herabgesetzt werden [sic].“ Achtzig Prozent eines Hauses oder Staatsgebäudes müssten „durch eigenes Material und durch eigene Kräfte erstellt werden.“ Als Ziel dieser Forderungen formulierte Himmler:

„Tun wir das nicht, so werden wir weder anständige Kasernen, Schulen, Dienstgebäude bekommen, noch werden wir Wohnungen für unsere SS-Männer im Altreich haben, noch werde ich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Riesensiedlungen hinstellen können, mit denen wir den Osten deutsch machen.“

Um zu betonen, dass die Bauplanungen für die zukünftige Ostsiedlung nicht nur Pohl und dessen Organisation angingen, sondern sie für die gesamte SS von entscheidender Bedeutung waren, ließ Himmler dieses Schreiben an alle Hauptamtschefs (also die an der Konferenz vom 14.-15. Januar im Hegewaldheim Beteiligten) sowie an die Höheren SS- und Polizeiführer in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa schicken. Indem Himmler dieses Schreiben an die Hauptamtschefs und die bezeichneten HSSPF versandte, wies er zugleich darauf hin, dass Pohl für die gesamte Bauplanung und -durchführung, einschließlich des Arbeitseinsatzes von Zwangsarbeitern, zuständig sei.

Unter dem Eindruck der Überlegungen zur Beschäftigung von großen Massen jüdischer Zwangsarbeiter wird auch die grundlegende Rede gestanden haben, die Heydrich am 4. Februar in Prag vor einer ausgewählten Schar leitender Angehöriger der deutschen Protektoratsregierung hielt. Im Zuge seiner Ausführungen wies er darauf hin:

„Die noch nicht Eindeutschbaren [Tschechen] wird man vielleicht bei der weiteren Erschließung des Eismeer-Raumes - wo wir ja die Konzentrationslager der Russen übernehmen, die nach unserer augenblicklichen Kenntnis etwa 15-20 Millionen Deportierte haben und dadurch zukünftig ideales Heimatland der 11 Millionen Juden aus Europa sein werden - vielleicht könnten wir dort nun die Tschechen, die nicht eindeutschbar sind, unter einem positiven Vorzeichen einer prodeutschen Aufgabe als Aufseher, Vorarbeiter usw. einsetzen [...]“

Heydrich offenbarte seine Überzeugung, auch die Tschechen aus ihrem Heimatland zu vertreiben. Im Sinne der rassistischen Vorstellungen der SS mussten sie allerdings eine bessere Behandlung erfahren als die Juden. Der Chef des RSHA und stellvertretende Reichsprotektor von Böhmen und Mähren sah einen Teil der tschechischen Bevölkerung daher als Gefangenenerwärter für die in die Eismeerregion verschleppten europäischen Juden vor.

Die Hinweise, Juden in die ehemals sowjetischen Lager zu schicken, beruhten nicht auf einem klaren Plan. Allein die Hinweise auf 11 Millionen Juden waren bei näherer Betrachtung Fiktion. Diese Zahl hatte Heydrich auf der Wannsee-Konferenz als Gesamtzahl der europäischen Juden,

die deportiert werden sollten, verkündigt. Gerade Heydrich wußte natürlich, dass schon Hunderttausende umgebracht worden waren und die Vorbereitungen für weitere Mordaktionen auf vollen Touren liefen.

Trotzdem ist anzunehmen, dass die Eismeerlager nicht als Chiffre für die Ermordung der Juden verwandt wurden. Heydrich hätte eine solche elaborierte Umschreibung nicht nötig gehabt und nur auf die Deportationen in den „Osten“ hinweisen müssen. Zudem existierte auch 14 Tage nach der Wannsee-Konferenz noch kein klarer Plan für die „Endlösung“. Neben den territorialen Genoziden, in die Anfang Februar die Deportationsopfer aus Zentral- und Westeuropa noch nicht einbezogen wurden, gab es eine eindeutige Befehlsgebung nur für den Arbeitseinsatz von deportierten Juden. Da Himmler der Zwangsarbeit von Juden für die Ostsiedlung hohe Priorität beigelegt hatte, lag es durchaus im Interesse Heydrichs, einen weit vom Reich entfernten Aufnahmeraum für den „anfällig endlich verbleibenden Restbestand“ - wie im Wannsee-Protokoll vermerkt - vorzusehen und die Lager auch gleich mit ebenfalls für die Vertreibung vorgesehenen tschechischen Bewachungskräften auszustatten.

Ob Heydrich diesen Plan weiterverfolgt hat oder es sich nur um eine plötzliche Eingebung handelte, ist nicht zu entscheiden. Er steht auf jeden Fall in der Kontinuität der Planungen eines jüdischen Arbeitseinsatzes für die gigantischen Bauprojekte in Osteuropa.

Kammler nahm die am 31. Januar gemachten Anregungen und Anforderungen Himmlers sogleich auf und legte sechs Tage nach Heydrichs Rede in Prag, am 10. Februar 1942, einen neuen Plan für die „Baufgaben des Reichsführer-SS im Kriege und Frieden“ vor, in dem er sowohl den Umfang der Projekte als auch die Organisation der Baueinheiten neu bestimmte. Kammler schätzte nun, dass die Baukosten für die Jahre nach dem Krieg rund 20 bis 30 Milliarden Reichsmark betragen würden. Hierin waren die Bauten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums eingeschlossen. Wie von Himmler gefordert, diskutierte der SS-Bauchef detailliert den Aufbau eigener Baustoffbetriebe und bezog auch private Baufirmen in seine Planungen mit ein.

Die Zwangsarbeiter sollten gemäß den Plänen Kammlers nun in SS-Baubrigaden organisiert werden. Diese Einheiten würden sich in zwei SS-Bauregimenter unterteilen, die sich jeweils aus drei SS-Baubataillonen mit je vier SS-Baukompanien zusammensetzten. Die Baubataillone würden sich spezialisieren (siehe Himmlers Anforderung!) auf „Tiefbau“, „Hochbau“ und „Ausbau“. Insgesamt sollte eine Kompanie 200 Mann umfassen, also die SS-Baubrigade aus 4.800 Personen bestehen.

Auch über die Art und den Umfang als Bauzwangsarbeiter beschäftigte Kräfte ließ Kammler Näheres verlauten. Er wollte „Häftlinge, Kriegsgefangene, Juden usw.“ einsetzen. Der Bauchef war also über die Arbeitskräfteproblematik genauestens unterrichtet. Zunächst sollten gemäß Himmlers Vorstellungen Häftlinge des KL Lublin das hauptsächliche Arbeitskräftekontingent bereitstellen, danach forderte der Reichsführer-SS sowjetische Kriegsgefangene an und nun, seit Himmlers Telegramm an Glücks, wurden auch Juden als Arbeitskräfte vorgesehen. Um keine potentielle Zwangsarbeitergruppe auszulassen, führte Kammler sie (an mehreren Stellen im Text) summarisch an - allerdings genau in der Reihenfolge der vorhergegangenen Entwicklung.

Die Zahl der Bauarbeitskräfte, oder genauer, der „Häftlinge, Kriegsgefangenen, Juden usw.“, die Kammler für 1942 benötigte, betrug genau für die einzelnen geographischen Gebiete:

„Reich“	67.500
Generalgouvernement	47.500
Ostraum	60.000“.

Insgesamt forderte der SS-Bauchef 175.000 Zwangsarbeiter als „Baufach- und Bauhilfsarbeiter“. Dies stellte ein Mehrfaches des aktuellen Bestands an KL-Häftlingen sowie Kriegsgefangenen dar. Bezieht man die von Himmler angekündigten 150.000 jüdischen Zwangsarbeiter in die Rechnung mit ein, dann ergibt sich eine durchaus realistische Anforderung. Nachvollziehbar waren diese

Zahlenspiele also nur vor dem Hintergrund des Himmlerschen Befehls. Tatsächlich hätte Kammler 1942 nie diese große Anzahl von Zwangsarbeitern einsetzen können. Es fehlte ihm schlicht das Aufsichtspersonal, die Organisation und eine auch nur rudimentär für solche Dimensionen ausreichende Logistik. Zum Vergleich führte der SS-Bauchef selbst an, dass Mitte Dezember 1941 keine 9.000 KL-Häftlinge auf Baustellen der SS eingesetzt waren.

IX.

Transport jüdischer Zwangsarbeiter nach Auschwitz und Lublin Februar-Juli 1942

Die Aktivitäten der SS-Führung und Ostsiedlungsplaner blieben nicht bei Gedankenspielen stehen. Vielmehr sollten die Pläne auf der praktischen Ebene umgesetzt werden. In Auschwitz wurde mit großer Eile und auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Gefangenen der Ausbau des Lagers in Birkenau vorangetrieben. Zwei Tage vor Eröffnung des neuen Teillagers nahm Kammler noch einmal persönlich die Bauten ab. Am 1. März 1942 verlegte dann die KL-Kommandantur die ersten Häftlinge nach Birkenau. Das Lager war somit aus der Sicht der SS-Führung für die Aufnahme von Gefangenen bereit. Wie sich allerdings schon zu Beginn zeigte, waren die Lebensbedingungen in Birkenau noch schlechter als im Stammlager von Auschwitz. Nach nur wenigen Monaten waren die meisten der Anfang März nach Birkenau verlegten KL-Insassen verstorben.

Wie von Himmler, Pohl und Kammler geplant, bildeten die Gefangenen von Auschwitz-Birkenau und Lublin das Arbeitskräftereservoir für die Ostsiedlung. Da die sowjetischen Kriegsgefangenen durch 150.000 Juden ersetzt werden würden, wie Himmler in seinem Telegramm an Glücks klargestellt hatte, sollten die beiden extra für die Siedlungsvorbereitung errichteten Lager nun Juden aufnehmen.

Himmler machte sich die bereits seit geraumer Zeit zwischen dem Auswärtigen Amt und der slowakischen Führung geführten Gespräche um die Auslieferung der slowakischen Juden zunutze, und bat die deutsche Behörde, sich für eine Überstellung von 20.000 jungen, jüdischen Arbeitskräften für einen Einsatz im „Osten“ einzusetzen. Rund 13.000 sollten in das Kriegsgefangenenlager in Lublin, die weiteren in das Auschwitzer Lager deportiert werden.

Tatsächlich sagte die slowakische Regierung die Menschentransporte zu. Ein erster Zug mit 1.000 jüdischen Frauen verließ die Slowakei in der Nacht vom 25. auf den 26. März 1942 in Richtung Auschwitz. Zur gleichen Zeit und unter maßgeblicher Beteiligung Himmlers waren rund 1.000 weibliche Häftlinge aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück nach Auschwitz überstellt worden. Gemeinsam mit den slowakischen Frauen wurden sie in einem abgetrennten Teil des Auschwitzer Stammlagers untergebracht. Die Frauenabteilung in Auschwitz entstand.

Zwei Tage nach dem ersten Transport aus der Slowakei trafen weitere 789 junge slowakische Frauen in Auschwitz ein. Noch zwei Transporte folgten. Auch nach Lublin wurden insgesamt vier Transporte mit jüdischen Männern aus der Slowakei geleitet. Diese Transporte bildeten die Speerspitze des Programms, das Himmler nach der Wannsee-Konferenz verkündet und zunächst auf die deutschen Juden bezogen hatte. Die „arbeitsfähigen“, jungen Juden sollten anstatt der verstorbenen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter für die Ostsiedlung dienen.

Allerdings folgten bereits seit dem 11. April 1942 den zunächst nur aus „Arbeitsfähigen“ bestehenden Transporten Deportationszüge mit ganzen Familien. Die nach Lublin geschickten jüdischen Familien wurden auf die Dörfer und Ghettos der Umgegend aufgeteilt, in Auschwitz kamen alle dorthin verschleppten Slowaken ins Lager, wo jedoch die meisten aufgrund der mörderischen Lebensbedingungen innerhalb kürzester Zeit starben.

Zur gleichen Zeit wurden Deportationstransporte aus dem Deutschen Reich ebenfalls in die Gegend von Lublin geschickt. Die Züge hielten üblicherweise zunächst einmal in Lublin, wo die als „arbeitsfähig“ klassifizierten Männer den Transport verlassen mussten. Sie wurden in das Lubliner

Lager eingewiesen. Die Ghettos, die als Aufenthaltsort der übrigen Familienangehörigen vorgesehen waren, hatte die SS schon vorher von der einheimischen jüdischen Bevölkerung geräumt. Diese ehemaligen Bewohner der Ghettos wurden seit März 1942 in der Vernichtungsstätte Belzec ermordet. Im Zeitraum vom März bis Juni 1942 trafen rund 55.000 Juden aus dem Altreich, Wien und dem Reichsprotektorat im Distrikt Lublin ein. Wie viele ausgesondert und als Häftlinge dem Kriegsgefangenenlager Lublin überstellt wurden, ist nicht bekannt.

Parallel zu den Verhandlungen um die Herausgabe von „arbeitsfähigen“ slowakischen Juden begann das Reichssicherheitshauptamt auch den Abtransport von Juden aus Frankreich vorzubereiten. Regional tätige SS-Funktionsträger hatten schon seit einiger Zeit die Deportation zumindest der ausländischen und in Lagern zusammengefassten Juden gefordert. Während einer Konferenz der Judenreferenten im RSHA befahl Adolf Eichmann am 4. März 1942, dass der französischen Regierung die Deportation von „rd. 5 000 Juden nach dem Osten“ vorgeschlagen werden solle. Der Judenreferent im RSHA betonte, dass es sich „zunächst um männliche, arbeitsfähige Juden, nicht über 55 Jahren zu handeln“ habe. Wie im Fall der slowakischen Juden ging es auch Eichmann nicht um eine allgemeine Deportationsorder, sondern um die Überstellung von „arbeitsfähigen“ Juden in die Lager im „Osten“.

Ein erster Transport des schließlich im März auf 6.000 Juden festgesetzten französischen Kontingents erreichte Auschwitz am 30. März 1942. Die weiteren Deportationszüge trafen vom 7. Juni bis 19. Juli im Konzentrationslager ein. Wie vorher die slowakischen, so wurden auch die französischen Transporte nicht in „Arbeitsfähige“ und „Arbeitsunfähige“ unterteilt. Alle Ankömmlinge wurden ohne Ausnahme in das Lager aufgenommen.

X.

„Arbeitssklaven“ für die Ostsiedlung: Weiterentwicklung der SS-Pläne April - Juni 1942

Die Ostsiedlung und die Schaffung eines Zwangsarbeiterbestandes gehörten auch im ersten Halbjahr 1942 zu den Prioritäten der SS. Am 30. April 1942 wies Pohl in einem Schreiben an Himmler darauf hin, dass KL-Häftlinge zunächst bei Rüstungsprojekten beschäftigt werden sollten, letztlich aber „später für Friedensbauaufgaben“ vorgesehen wären. Einen zukünftigen Einsatz der Gefangenen in der besetzten Sowjetunion wollte der Hauptamtschef auch zu diesem Zeitpunkt noch vorbereiten. Jedenfalls mochte er es nicht zulassen, dass die Sicherheitspolizei in Riga, Kiew und Bobruisk eigene Lager aufbaute. Vielmehr forderte er indirekt ein Eingreifen Himmlers, indem er klarstellte: „Ich halte es für richtig, wenn solche Pläne an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt herangetragen werden, damit sie einheitlich von einer Stelle für SS und Polizei geplant und durchgeführt werden.“ Der Reichsführer machte sich Pohls Standpunkt tatsächlich zu Eigen und notierte am Rand dieses Abschnittes ein handschriftliches „ja“.

Auch der von Konrad Meyer aufgestellte, umfangreiche „Generalplan Ost“, den Himmler am 3. Juni 1942 erhielt, sah ein riesiges Zwangsarbeiterheer für die Bauvorhaben der Ostsiedlung vor. Meyer errechnete allein für die ersten fünf Jahre einen Bedarf von 850.000 Arbeitskräften. Da sich nicht genug zivile Bauarbeiter finden würden, schlug er den Einsatz von Kriegsgefangenen oder anderen „fremdvölkische[n] Arbeitskräfte[n]“ vor.

Himmler hielt besonders beharrlich an seinen Visionen sowohl von der Ostsiedlung als auch von einem massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern fest. Kurz nach Erhalt des Generalplans nahm er zu ihm Stellung und plädierte abermals für eine Ausdehnung der Planungen. Und am 9. Juni 1942 hob er anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den einem Attentat zum Opfer gefallenen Heydrich in einer programmatischen Rede vor den SS-Oberabschnittsführern und Hauptamtschefs hervor:

„Das dritte große Problem für den Frieden ist die Siedlung. Der Krieg hatte keinen Sinn, wenn nicht nach dem Kriege [...] Böhmen-Mähren, die deutschen Ostgaue Südostpreußen, Danzig-

Westpreußen, Warthegau, Oberschlesien, das Generalgouvernement, Ostland, die Krim, Ingermanland nach 20 Jahren total deutsch besiedelt würden [...] Wenn wir nicht die Ziegelsteine hier schaffen, wenn wir nicht unsere Lager mit Sklaven voll füllen - in diesem Raum sage ich die Dinge sehr deutlich und sehr klar -, mit Arbeitssklaven, die ohne Rücksicht auf irgendeinen Verlust unsere Städte, unsere Dörfer, unsere Bauernhöfe bauen, dann werden wir auch nach einem jahrelangen Krieg das Geld nicht haben, um die Siedlungen so auszustatten, dass wirklich germanische Menschen dort wohnen und in der ersten Generation verwurzeln können”.

XI.

Auschwitz-Birkenau -

Der sukzessive Übergang vom Arbeitslager zum Mordzentrum an den europäischen Juden Mai - Juli 1942

Obwohl Himmler, Pohl und die SS-Siedlungsexperten an ihren Germanisierungsprojekten und an der Notwendigkeit Hunderttausende von Zwangsarbeitern auszubeuten festhielten, erreichte nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Juden, die als Arbeitskräfte vorgesehen waren, die Lager der Ostsiedlung. Auch forderten die katastrophalen Lebensbedingungen in den Lagern beständig Opfer. Wie für die sowjetischen Kriegsgefangenen, so waren Auschwitz und Lublin im Frühjahr 1942 für die meisten Juden nicht Arbeits-, sondern Sterbelager.

Zudem wurden „arbeitsunfähige“ Häftlinge und zunehmend auch ähnlich kategorisierte Juden aus den Schmelz-Lagern im Krematorium des Stammlagers und im sogenannten Bunker 1 nordöstlich von Auschwitz-Birkenau durch Gas erstickt. Seit dem 5. Mai 1942 fanden auch immer wieder Selektionen von kranken KL-Häftlingen statt, die im Bunker 1 ermordet wurden.

Die Ausdehnung der Tötungsaktionen und der bald regelmäßige Einsatz der Gaskammern in Auschwitz-Birkenau korrespondierten mit einer weiteren Radikalisierung des Genozides an der jüdischen Bevölkerung. In der neueren Forschung wird das Frühjahr 1942, genauer gesagt die Monate Mai und Juni, als eine Phase bezeichnet, die die entscheidende Weichenstellung hin zu einem umfassenden, europaweiten Mordprogramm brachte. In diesem Zeitraum wurde mit den Vorbereitungen zur Ermordung aller Juden im Generalgouvernement begonnen, in der Sowjetunion initiierte die SS die letzte große, alles vernichtende Mordwelle, bislang von den Mordaktionen ausgesparte Deportationsgruppen, wie die aus Zentraleuropa nach Lodz verschleppten Menschen, fielen der Vernichtung anheim, und sowohl die nach Lublin deportierten Slowaken als auch die Angehörigen der seit Mai aus dem Reich nach Minsk verschickten Transporte wurden nun umgehend ermordet.

Anfang Mai 1942 bezog die SS nun auch Auschwitz in die regionalen Vernichtungsaktionen ein. Die zur Ermordung bestimmten ostoberschlesischen Juden wurden ins das Lager transportiert und dort ohne Selektion umgebracht. Auschwitz fungierte damit als regionale Vernichtungsstätte ähnlich Belzec für den Distrikt Lublin und Chelmno für den Warthegau. Die als Arbeitskräfte nach Auschwitz Eingelieferten wurden von den systematischen Morden noch nicht betroffen. Wie im Herbst 1941, als sowjetische Kriegsgefangene in zwei Gruppen, einmal zum Arbeitseinsatz und einmal zur sofortigen Ermordung eingeliefert wurden, so war Auschwitz auch im Frühjahr Todeslager für die ostoberschlesischen Juden und zugleich Arbeitslager für die Juden aus der Slowakei und Frankreich.

Nach der Deportationssperre vom 10. Juni 1942 und dem damit einhergehenden vorläufigen Ende der Transporte in die besetzte Sowjetunion und nach Lublin traf Himmler eine weitgehende Entscheidung. Zwar sollten noch immer überwiegend „arbeitsfähige“ westeuropäische Juden nach Auschwitz transportiert werden, er ließ aber jetzt auch zu, dass „10 % nicht arbeitsfähige Juden [...] mitgeschickt werden“ könnten. Die klare Regelung, dass *per definitionem* die Deportierten aus Westeuropa „arbeitsfähig“ wären, wurde von Himmler selbst aufgeweicht. Von nun an musste die Lager-SS selbst die Entscheidung treffen, wer „arbeitsfähig“ und wer „arbeitsunfähig“ war.

Da letztlich alle westeuropäischen Juden ihre Heimatländer verlassen mussten, wie auch schon von Heydrich während der Wannsee-Konferenz verkündigt, nahmen die regionalen SS-Deportationsbehörden Himmlers Befehl zum Anlass, nun auch ganze Familien nach Auschwitz zu schicken. In Auschwitz-Birkenau sollten aber gemäß den ursprünglichen Vorstellungen der SS-Führung nur Arbeitskräfte aufgenommen werden. Die Lager-SS ging daher dazu über, die Eintreffenden in „Arbeitsfähige“ und „Arbeitsunfähige“ zu unterteilen. Die als Zwangsarbeiter für einen späteren Arbeitseinsatz vorgesehenen Juden wurden in das Lager aufgenommen. Für deren Familienangehörigen, für Alte, Kranke und Kinder gab es keinen Platz im Lager. Sie wurden ermordet. Soweit überliefert, fand am 4. Juli 1942 zum ersten Mal die Selektion eines kompletten Deportationszuges statt. Insgesamt 372 slowakische Juden wurden als zukünftige Arbeitskräfte ins Lager überstellt, die übrigen 628 schickte die SS sofort in die Gaskammern.

Seit dieser Zeit führte die Lager-SS regelmäßig Selektionen der ankommenden Transporte durch. Ein Teil der nach Auschwitz verschleppten Menschen kam ins Lager, die Mehrzahl starb in den Todeskammern von Birkenau. Eine Ausnahme bildete nur der bereits im März von Eichmann vorgesehene sechste Transport aus Frankreich. Da dieser Zug gemäß Befehl nur einsatzfähige Arbeitskräfte brachte, unterlag er auch nicht der Selektion. Die Lager-SS überstellte am 19. Juli 1942 - also zwei Wochen nach Beginn der Selektion - alle Juden in das Lager. Ein nur zwei Tage später in Frankreich abgefahrener Deportationszug wurde dagegen wie andere eintreffende Transporte nach „Arbeitsfähigen“ und „Arbeitsunfähigen“ sortiert. 375 Menschen starben unmittelbar nach der Ankunft des Zuges in den Gaskammern. Mit den Selektionen in Auschwitz begann im Juli die fast unterschiedslose Ermordung von Juden aus Westeuropa.

Für die Lager-SS stellte der Beginn der systematischen Ermordung der westeuropäischen Juden keine große Zäsur dar. Schon vorher war ihr Lager ein Ort massenhaften Sterbens gewesen. Und seit Mai wurden regelmäßig Kranke aus Auschwitz und aus anderen Lagern, die die SS kontrollierte, sowie schließlich auch tausende ostoberschlesische Juden in Birkenau vergast. In der SS-Logik gelang es mit Hilfe der Selektion, Arbeits- und Mordauftrag zugleich zu erfüllen. Da es keine konkreten Vorstellungen über Umfang und Einsatz der Zwangsarbeiter aus Auschwitz-Birkenau gab und das WVHA keine Vorgaben machte, lag die Entscheidung über die Form der Selektion und die Zahl der für Zwangsarbeiten bereitgestellten Gefangenen bei der SS-Führung des Konzentrationslagers.

Himmler besuchte bereits am 17. Juli 1942 Auschwitz und wohnte in Birkenau der Selektion eines Transportes sowie der Ermordung eines Teils der Neuankömmlinge bei. Obwohl er die Vorgehensweise der Lager-SS nicht kommentierte, konnte die KL-Führung Himmlers Verhalten als Zustimmung auffassen. Faktisch sanktionierte der Reichsführer-SS an diesem Tag das von Höß und seinen Schergen eingeführte Verfahren.

Himmlers Zustimmung zur Selektion und damit zum Massenmord an den westeuropäischen Juden war keine singuläre Entscheidung. Zwei Tage nach seinem Besuch in Auschwitz befahl er die Ermordung aller Juden im Generalgouvernement - mit Ausnahme von einigen wenigen Zwangsarbeitern. Am 22. Juli 1942 begannen daraufhin die Deportationen aus dem Warschauer Ghetto in die Vernichtungsstätte Treblinka.

Obwohl einige „Arbeitsfähige“ zurückgehalten werden sollten, trat die Zwangsarbeit von jüdischen Gefangenen doch immer mehr in den Hintergrund. Überlegungen zur Ostsiedlung blieben als theoretisches Konstrukt in den Köpfen der SS-Führer, aber es beeinflusste kaum noch ihr Handeln. Die Entscheidungen Himmlers und die Vorgehensweise der Lager-SS gaben der Vernichtung seit Juli 1941 oberste Priorität. Auschwitz-Birkenau wurde zum Mordzentrum an den west- und südosteuropäischen Juden.

XII.

Zusammenfassung und Fazit

Die zunächst vor allem von Himmler und seinem Chefplaner Professor Konrad Meyer entworfenen Pläne von einer deutschen Besiedlung Ostmittel- und Osteuropas („Generalplan Ost“) erforderten ein großes, nur der SS zur Verfügung stehendes Arbeitskräftereservoir. Mit der beginnenden Eroberung der europäischen Sowjetunion schien Himmler der Realisierung seiner Utopien näher gekommen zu sein. Aus diesem Grund befahl er am 20. Juli 1941 den Aufbau eines Konzentrationslagers in Lublin. Die dorthin einzuweisenden Häftlinge sollten später als Arbeitskräfte beim Siedlungs- und Stützpunktbau im „Osten“ eingesetzt werden.

Im September 1941 kam Himmler zu dem Schluss, sich an der Ausbeutung der sowjetischen Kriegsgefangenen zu beteiligen und sah - nach Absprache mit der Wehrmacht - 100.000 bis 200.000 Gefangene für seine Ostbauprogramme vor. Um diese Zwangsarbeiter aufnehmen zu können, ordnete der Reichsführer-SS am 25. oder 26. September 1941 die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers in Auschwitz (-Birkenau) und die Umwandlung des Lubliner Konzentrationslagers in ein Kriegsgefangenenlager an. Diese Chronologie widerlegt die Nachkriegsbehauptungen von Rudolf Höß, der den Aufstellungsbefehl für Auschwitz-Birkenau auf Anfang März 1941 datierte.

Mit dem Aufbau der Lager, der Aufstellung von Bauplänen für die SS- und Polizeistützpunkte im „neuen Ostraum“ und dem Arbeitseinsatz der Zwangsarbeiter beauftragte Himmler SS-Gruppenführer Oswald Pohl. Die von ihm kontrollierte Verwaltungs- und Baubürokratie übernahm sukzessive alle Vorbereitungen zur Umsetzung der Ostsiedlungspläne.

Die Maßnahmen zur Realisierung der Ostsiedlung und die Mordaktionen an der einheimischen Bevölkerung vor allem in Osteuropa verliefen parallel. Meyers Siedlungspläne forderten von Einheimischen geräumte Gebiete. Der Massenmord oder zumindest eine gewaltsame Vertreibung waren Voraussetzung für die Umsetzung der Germanisierungs- und Siedlungsprojekte.

Obwohl bereits im Herbst 1941 jüdische Arbeitskräfte zumindest partiell von der Ermordung ausgenommen wurden, spielten sie in den 1941 angestellten Überlegungen der Siedlungsplaner noch keine Rolle. Dies änderte sich mit der Jahreswende 1941/1942: Die SS-Führung erkannte, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mehr für einen Einsatz im Rahmen der Ostsiedlung zur Verfügung standen, da sie in den Lagern der Wehrmacht und SS in Massen verhungert und ermordet worden waren.

Auf der Wannsee-Konferenz betonte daher Reinhard Heydrich, dass die Juden im Rahmen der „Endlösung“ und damit implizit unter der Kontrolle der SS zur Zwangsarbeit eingesetzt werden sollten. Auch wenn viele Juden sterben würden, war der Arbeitseinsatz nicht nur Mittel zum Zweck der Vernichtung jüdischer Menschen. Mit der faktischen Zustimmung der anwesenden Ministerialbürokratie hatte Heydrich für die SS die unumschränkte Kontrolle über ein scheinbar unerschöpfliches Arbeitskräftepotential gesichert.

Ob die Juden nur für kurze Zeit Zwangsarbeit leisten sollten, geht aus dem Protokoll nicht eindeutig hervor. Auf jeden Fall würden sie nicht freigelassen werden. Entscheidungen und Äußerungen von Himmler und Heydrich unmittelbar nach der Wannsee-Konferenz legen jedoch nahe, dass zumindest darüber nachgedacht wurde, sich der jüdischen Zwangsarbeiter für einen längeren Zeitraum zu versichern.

Unter dem Blickwinkel des Arbeitseinsatzes wird deutlich, dass die Wannsee-Konferenz zwar zu einer Radikalisierung der „Judenpolitik“ beitrug, aber zu diesem Zeitpunkt weder ein detaillierter Plan für einen Genozid vorlag, noch das letzte Ziel einer „Endlösung der Judenfrage“ bekannt war. Heydrich beließ es bei ausweichenden Formulierungen und konnte nur auf Hitlers und Görings Autorisierung der Deportationen hinweisen. Einen darüber hinausgehenden Auftrag blieb der Chef des RSHA schuldig.

Das nach der Wannsee-Konferenz von der SS-Führung initiierte Deportationsprogramm stand zunächst unter dem Vorzeichen der Verschleppung von „arbeitsfähigen“ Juden. Dies deutet nicht darauf hin, dass die Ermordung aller Juden spätestens zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz beschlossene Sache war. Vielmehr liefen auch nach der Konferenz verschiedene Entwicklungen parallel ab. Hierzu gehörte sowohl die Deportation ausgewählter, „arbeitsfähiger“ Juden aus Frankreich und der Slowakei als auch die zunehmende Ausweitung der regionalen Genozide an der jüdischen Bevölkerung.

Himmler erste Reaktion auf die Wannsee-Konferenz bestand in einem Befehl zur Überstellung von 150.000 Juden an die Konzentrationslager (25./26. Januar 1942). Pohl sollte sie anstelle der sowjetischen Kriegsgefangenen einsetzen. Damit wurden die Juden als Arbeitskräfte für die Ostsiedlung und sowohl Auschwitz-Birkenau als auch Lublin als Aufnahmelager für jüdische Gefangene vorgesehen..

Obwohl Auschwitz-Birkenau nun statt Rotarmisten Juden aufnahm, diente es zumindest bis April 1941 vorwiegend als Arbeits- und nicht als Vernichtungslager. Erst im Mai 1941 wurde das Lager in die regionalen Vernichtungsaktionen der SS einbezogen und fungierte als Mordstätte für die ostoberschlesischen Juden.

Noch im Juni sollten die nach Auschwitz dirigierte Transporte aus Westeuropa vorwiegend „Arbeitsfähige“ umfassen. Doch weichte Himmler selber seine zunächst kategorische Forderung auf, nur Zwangsarbeiter nach Auschwitz zu deportieren, und ließ es zu, dass auch Familienmitglieder mitgeschickt wurden.

Um „Arbeitsfähige“ von „Arbeitsunfähigen“ zu trennen und somit in der Logik der SS den Auftrag, Zwangsarbeiter in Auschwitz-Birkenau zu versammeln, weiter befolgen zu können, führte die Lager-SS am 4. Juli 1942 die Selektion ein und somit die umgehende Vergasung der als nicht „arbeitsfähig“ eingestuften Menschen. Bei einem Besuch am 17. Juli 1942 sanktionierte Himmler das Vorgehen der Lager-SS. Da der Arbeitseinsatz im Rahmen der Ostsiedlung immer unrealistischer wurde und zudem das Mordprogramm sowohl von Himmler als auch von der Lager-SS Priorität erhielt, wurde Auschwitz-Birkenau seit Juli 1942 nicht mehr vorwiegend als Arbeits-, sondern als Vernichtungslager für die west- und südosteuropäischen Juden genutzt.

Die Zwangsarbeit von Juden im Zuge der Ostsiedlung war in den Augen der SS ein durchaus ernsthaftes Projekt, das Heydrich auf der Wannsee-Konferenz vorbereitete und Himmler mit seinem Befehl an den Inspekteur der Konzentrationslager, Glücks, anstieß. Da die Arbeitskräfteplanungen aber wenig genau gefasst wurden und es der SS nicht gelang, ihr Zwangsarbeiterprojekt von den Mordplänen zu trennen, musste der jüdische Arbeitseinsatz scheitern. Allerdings bewirkte das Vorhaben Himmlers und Pohls, ein Arbeitskräftereservoir für die Ostsiedlung aufzubauen, die Errichtung von Auschwitz-Birkenau, und ihre Forderung nach jüdischen Zwangsarbeitern führte zur Einbeziehung dieses Lagers in die „Endlösung“. Trotz ihres Scheiterns blieben die Zwangsarbeiterpläne nicht ohne Folgen: Sie wiesen den Weg nach Auschwitz und machten das Lager letztlich zum Vernichtungszentrum, in dem die west- und südosteuropäischen Juden ermordet wurden.